

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Frankreich, Belgien, das Saar- und Rheinländer sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 20.— für das übrige Ausland M. 30.— Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die Jahrgangspostkommissionen sind über deren Namen unter 4.— M. einschließlich Anzeigenpreis. Kleinanzeigen: Das „Freiheit“ Wort 2.— M., das weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anzeigenpreis. Verkaufsstellen: alle Postämter, Buchhandlungen und Buchverleger. Preis des Heftes: 40 Pfennig. Preis des Monats: 1,20 M. Preis des Quartals: 3,50 M. Preis des Halbjahres: 6,50 M. Preis des Jahres: 12 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Parteitag in Oesterreich

Die Eröffnungstagung

Wien, 25. November.

Heute nachmittag 5 Uhr wurde im Oesterreicher Arbeiterheim der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs von Staret eröffnet. Aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und der Schweiz sind Gäste anwesend. Seit begrüßt den Parteitag mit einer Ansprache, in der er anführt, daß die Macht der sozialistischen Partei viel größer sei, als im Parlament zum Ausdruck käme. Die Sozialdemokratie habe im letzten Jahre für die Revolution Kämpfe geführt. Seit wendet sich mit besonderer Schärfe gegen die Haltung der Ungarn in der postungarischen Frage und erklärt, daß, so wie man vor Jahren den Hunnen kämpfte, man sich heute gegen die Ungarn verteidigen müsse. Doch verknüpfte das österreichische Proletariat starke Bande der Solidarität mit der Arbeiterklasse Ungarns.

Terma (Tschechoslowakei) begrüßt den Parteitag im Namen der Sozialdemokratie der Tschechoslowakei und erklärt, daß er nicht als Ausländer käme, sondern als Mitglied der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. Die Tschechoslowakei sei heute das Abbild des alten Oesterreich. Die deutschen bürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei seien im Herzen monarchistisch. Durch die Spaltung habe keine Partei ein Viertel der Mitglieder verloren. Sodann begrüßt den Parteitag ein Vertreter der Sozialdemokratie des Burgenlandes, der mit starkem Beifall begrüßt wird. Er schildert das Märgereum der burgenländischen Arbeiter und fordert die österreichische Sozialdemokratie auf, das Proletariat in Oedenburg nicht zu vergessen. Auch ein Vertreter der jugoslawischen Sozialisten begrüßt den Parteitag in einer kurzen Ansprache. Von Martow ist ein Begrüßungsschreiben eingetroffen. Die Tagung wird morgen fortgesetzt.

Diplomatie der Isolierung

Der Temps zur Rede Briands

C. C. Paris, 25. November.

Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ meldet seinem Blatt: Nachdem man jetzt hier den Wortlaut der Rede Briands, die er auf der Abrüstungskonferenz gehalten hat, kennt, ist deren Eindruck auf die Regierungskreise groß. Briands Erklärungen über den Gegenstand einer langen Besprechung innerhalb der Regierung, und Lord Curzon hat seine Rede scharf nicht ohne Zustimmung seiner Ministerkollegen gehalten. Es heißt, daß Lloyd George die Rückkehr Briands abzuwehren beabsichtigt und ihn sprechen will. Er wird aus diesem Grunde den Zeitpunkt seiner Reise nach Amerika in die erste Dezemberhälfte verlegen. Man erklärt den Standpunkt der englischen Regierung gegenüber Frankreich mit der allgemeinen Unruhe, die durch die französische Initiative verursacht wurde, welche zum Abschluß des Abkommens von Angora geführt hat. Man glaubt, daß Frankreich eine unabhängige Politik verfolgen und eine Diplomatie der vollständigen Isolierung betreiben wolle, um dadurch gewisse Vorteile zu erlangen. Als die französischen Delegierten nach Washington gingen, fragte man sich in London, welche Haltung Frankreich in der Frage der Abrüstung zu Lande einnehmen werde. Der allgemeine Eindruck in Regierungskreisen war der, wie auch Lloyd George sagte, daß die französische Abordnung in der Abrüstungsfrage bestimmte Vorschläge machen konnte, weil sie die Sicherheit hatte, daß Deutschland nicht mehr angreifen könne. Außerdem hätten die Franzosen die moralische und gegebenenfalls auch die materielle Unterstützung aller Großmächte für sich. Jetzt habe die Rede Briands alle Illusionen zerstört. Man erklärt, daß Frankreich nichts zu lernen und alles verlernen hätte. Man vorbereitet bestrebliche Pläne über die französischen Schiffsbaupläne. Dadurch ist das Gefühl der Feindschaft gewachsen.

Frankreichs Rüstungen

London, 25. November.

Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Briand in einer Unterredung, die französische Rüstung zu Lande sei gegen zwei Feinde gerichtet: Deutschland und Rußland. Frankreich müsse den größten Teil der Truppen stellen, die erforderlich seien, um den Frieden durchzuführen. Briand gab der Ansicht Ausdruck, daß diese Frage nicht wieder auf der Washingtoner Konferenz vorgebracht werden wird. Die meisten französischen Delegierten glaubten innerhalb von drei Wochen abreisen zu können.

Nach Ansicht des Berichterstatters des „Daily Express“ in Washington sei eine zweite Konferenz im nächsten Jahr nach dem Einbruch, den der italienische Delegierte Schanze in der gestrigen Sitzung des Abrüstungsausschusses gegen die französischen Ansprüche erhoben habe, noch wahrscheinlicher geworden. Schanze habe erklärt, Italien könne keine U-Boote und Kreuzer gegen Frankreich bauen.

„Daily Express“ schreibt, wenn der französische Vorschlag zu bestehen sollte, würde Frankreich im Jahre 1931 ein großes Heer besitzen, das in der Lage wäre, die Rheingrenze

bauernd zu besetzen, und eine Flotte, die in der Lage wäre, das gesamte Mittelmeer zu beherrschen.

Wie gefährlich der französische Militarismus, wenn er sich schrankenlos entfalten kann, auch für die innere Politik Deutschlands ist, zeigt sich daran, daß er allen deutschen Reaktionen immer wieder neue Hoffnungen einflößt. So glaubte Herr Stresemann in einer Rede, die er in Offenbach hielt, feststellen zu können, daß der nationale Gedanke auch in der Arbeiterklasse immer mehr Boden gewinne. Das sei dem französischen Chauvinismus zu danken.

Wenn diese Auffassung des Herrn Stresemann auch falsch ist, so läßt seine Aeußerung doch erkennen, daß den deutschen Nationalisten der Kampf in demselben Maße schmilzt, wie die Macht der französischen Militäristen zunimmt. Das sollten unsere französischen Genossen nie aus dem Auge verlieren.

Parteispaltung in Rußland?

DE. (Drahtbericht.) Tschifol, 25. November.

Aus unterrichteter Quelle wird mitgeteilt, daß die Bildung einer Partei der linken Kommunisten in Sowjet-Rußland in den Bereich des Möglichen gerückt sei. Die Säuberungsaktion hat durch die damit verbundene Unterdrückung des Privatlebens der Parteimitglieder den Gegensatz zwischen den breiten Parteimassen und den bessergestellten oberen Parteischichten ausnewerksichtigt. Die Aktion hat zu einem gegenseitigen Kampf zwischen den verschiedenen Parteigruppierungen und zu einer Abänderung des sozialen Bestandes der Partei geführt, die noch Ueberzählungen bieten könnte. Die Moskauer „Browda“, das kommunistische Zentralorgan, betont ihrerseits die Notwendigkeit einer inneren Festigung der Partei. Ihre Monopolstellung und ihre Eigenschaft als Regierungspartei berge die Gefahr des Zustroms weichenstremender Elemente und der Bildung von Gruppen und Fraktionen innerhalb der Partei, die sie zu einem Gebilde von der Art der englischen Labour Party machen würde. Diesen Fragen gebühre besondere Beachtung gerade jetzt, wo Sowjet-Rußland im Anfang eines Evolutionsprozesses stehe, der entweder zum Sozialismus oder zum Kapitalismus, und zwar nicht zum Staatskapitalismus, sondern zum Kapitalismus im eigentlichen Sinne des Wortes, führen werde.

Das Prestige Bayerns

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 25. November.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach der Diplomingenieur Carl Böhm über die Defizitwirtschaft und die Entlastung der Reichseisenbahnen. Dabei machte er für einen Stimmesmann sehr interessante Mitteilungen. Die eigentlichen Gründe für eine Defizitwirtschaft bei den Bahnen sieht der Redner in dem Preiswettbewerb und dem Schneidengang der Tarifsteigerungen. Diesen stellt er die Preise der Industrie gegenüber, die vom 14fachen bis zum 70fachen für die verschiedensten Bedarfsartikel der Eisenbahnen gestiegen seien. Wenn die Industrie also wirklich helfen wolle, so müsse sie der Reichseisenbahn mit entsprechenden Preisen dienen, und das Defizit sei wie weggeblasen.

In der heutigen Plenarsitzung des Landtages wurde der bayerischen Regierung die Ermächtigung erteilt, sich an dem Aktienkapital der Rhein-Main-Donau-Alten-Gesellschaft mit 240 Millionen Mark zu beteiligen, das Reich soll sich mit 360 Millionen beteiligen. Ein Antrag der U.S.P., daß im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft der bayerische Landtag als Körperschaft vertreten sein soll, wurde abgelehnt. Bei der Behandlung der Frage im Ausschuss war dieser Antrag gleichfalls abgelehnt worden. Dabei hatte der Abgeordnete Heib sich mit der Begründung dagegen gewandt, wenn der Landtag als Körperschaft im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft vertreten wäre, dann würde auch der Reichstag das Gleiche beanspruchen. Das aber liege nicht im Interesse Bayerns. Es sei eine Preisfrage für Bayern, den Reichstag auszuschalten. Es scheint außerdem die Absicht zu bestehen, den Vorsitz im Aufsichtsrat an Bayern zu bringen, obwohl es nur mit 25 Prozent beteiligt ist.

Der Dollar steigt

Aufs neue fällt der Kurs der Mark. Die Latenzlosigkeit der Regierung der Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen Besitzern, der immer schnellere Umlauf der Notenpresse vermindern aus neue das Vertrauen zur deutschen Mark. Besonders aber wirkt sich jetzt die Tatsache aus, daß der 15. Januar mit seinen großen Verpflichtungen immer näher rückt, ohne daß irgendwelche Möglichkeit sichtbar ist, wie viele Verpflichtungen erfüllt werden sollen. Der Dollar stieg deshalb gestern an der Börse von 284 auf 294.

Lema — Bowikhy — Eberlein

Die Veröffentlichung der Berichte der zwei Führer des mitteldeutschen Aufstandes, Lema und Bowikhy, haben in der gesamten Öffentlichkeit das allergrößte Aufsehen erregt. Bei den Kommunisten herrscht große Aufregung. Bereits gestern vormittag hat eine Sitzung der Zentrale der K. P. D. stattgefunden und schon in der Abendausgabe der „Roten Fahne“ wird eine Erklärung über die Dokumente veröffentlicht. Die Echtheit der Dokumente wird nicht bestritten, sie wird im Gegenteil sogar bestätigt. Die Erklärung sagt weiter:

„Die beiden veröffentlichten Berichte lagen dem Zentralausschuß der kommunistischen Partei vom 4. und 5. Mai 1921 vor. Es hat vor dem Zentralausschuß eine Vernehmung der Beteiligten stattgefunden, die ergab, daß diese Berichte, die nach der Märzaktion im Auftrage Paul Levis angefertigt wurden, teils völlig unwahre Behauptungen enthielten, andernteils phantastische Mitteilungen, die die Genossen lediglich vom Hörensagen in ihr Protokoll aufgenommen hatten.“

Mit diesen Angaben dürfte die Zentrale der K. P. D. kaum viele Gläubige finden. Denn: kann es eine bessere Bestätigung der Richtigkeit des Inhalts der Dokumente geben, als die Tatsache, daß Klara Zetkin sie mit nach Rußland nehmen wollte, als sie die Märzaktion verdammt und auf dem Kongreß der Dritten Internationale für Paul Levi eintrat? So wenig deshalb an der Echtheit dieser von Kommunisten für Kommunisten geschriebenen Dokumente Zweifel bestehen, so wahrscheinlich ist die vollkommene Richtigkeit ihrer Angaben.

Der Hauptbeschuldigte, Landtagsabgeordneter Eberlein, hat gestern auch bereits im Landtag den wesentlichen Teil der Anschuldigungen indirekt als richtig zugegeben. Er mußte bestätigen, daß Lema und Bowikhy die anerkannten Führer des Aufstandes waren und daß sie noch heute Mitglieder der kommunistischen Partei sind. Man lese ferner die nachfolgende Schilderung der Entschaffung des Märzputsches in Breslau. Sie rührt von eingeweihtester Stelle her und ist eine weitere Bestätigung für diese verbrecherischen Methoden der K. P. D.

Es ist deshalb lediglich die Fortsetzung des bisher stets von der Zentrale der kommunistischen Partei betriebenen Kampfes mit den unsaubersten Mitteln, wenn sie die Veröffentlichung dieser Berichte als „eine Pogrombege“ gegen die K. P. D. bezeichnet. Gegen die Existenz der K. P. D. als Partei richtet sich die Veröffentlichung der Dokumente ebensowenig wie gegen die Amnestie der politischen Gefangenen. Sie richtet sich lediglich gegen jene Führer der kommunistischen Zentrale, denen Arbeiterleben nichts bedeuten, die Tausende von Opfern auf dem Gewissen haben und nur ein Ziel zu kennen scheinen, neue Tausende ins Verderben zu führen.

Auch gegen die politischen Gefangenen richtet sich diese Veröffentlichung nicht. Wir hoffen und erwarten, daß sie ihnen sogar nützt, denn sie zeigt, daß die Hunderte und Tausende von Arbeitern, die wegen des Märzputsches die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen, irreführende Opfer und keine Verbrecher sind. Ihnen die Freiheit wiederzugeben, muß jetzt, nachdem kein Zweifel mehr daran besteht, daß sie durch die Treu- und Verantwortungslosigkeit ihrer Führer und durch ihre bisherigen Leiden schon überaus hart gestraft sind, zwingendste Notwendigkeit sein. Wie allgemein das Entsetzen über die jedes Maß übersteigende Gewissenlosigkeit der kommunistischen Führer ist, zeigt das Urteil des „Unabhängigen Zeitungsdienstes“. Er schreibt:

„Wenn die Berichte echt sind, die der „Vorwärts“ in seiner Freitagausgabe über die „Anleitungen“ der Zentrale der K. P. D. zur Entschaffung des Putsches in Mitteldeutschland veröffentlicht, so sind die Eberlein und die anderen Mitglieder der Zentrale das gemeinste Gefindel, das sich je in einer politischen Bewegung herit gemacht hat und ihre Tätigkeit stellt selbst das Treiben der Spindel, welche die Heine und Weissmann, Kestel usw. beschäftigten bzw. beschäftigten, in den Schatten... Was gelten den Eberlein, Pied usw. zwanzig Menschenleben? Wenn nur die „Aktion“ weitergetrieben wird. Damit ist die K. P. D. gerichtet.“

Wir hoffen sehnsüchtig, daß das auch die Arbeiter in der kommunistischen Partei einsehen werden. Wie können sie Führern Gefolgschaft leisten, die innerlich treulos, ohne jedes Verantwortungsgefühl, ohne moralische oder politische Hemmungen sind und nichts anderes kennen als ihren Größenwahn und die Befehle derjenigen, die keine Verantwortung tragen? Viele von ihnen mögen bisher in dem Glauben gehandelt haben, daß auch die an der Spitze ihrer Partei stehenden Personen das Beste für die Arbeiterbewegung wollen. Wer von ihnen hat jetzt noch diese innere Ueberzeugung?

Es erscheint uns ausgeschlossen, daß mit den Vertretern dieser Partei gemeinsame Politik getrieben werden kann. Für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse mit für das gelegentliche Zusammenwirken der verschiedenen Parteien und der Gewerkschaften ist die erste, aber auch unerlässliche Voraussetzung: moralisch und politisch

einwandfreies Handeln. Von diesem Ziel sind die Führer der kommunistischen Partei noch außerordentlich weit entfernt. Auf ihnen ruht deshalb die Schuld, daß die Veruche, mit ihnen national oder international zusammenzuwirken, ein Ende haben werden. Die deutsche Arbeiterklasse erfüllt ihre wichtigste Pflicht gegen sich selbst, wenn sie diese Gesellschaft auch des letzten Restes der politischen Bedeutung entleidet, indem sie die Handvoll Vertreter an der Spitze der kommunistischen Partei unter sich läßt.

Die Märzaktion in Breslau

Die Zentrale der K. P. D. sagt von den im „Vorwärts“ veröffentlichten Protokollen der kommunistischen Parteisektionen Lembf und Bowitzky, daß dieselben phantastische Mitteilungen seien. Es ist nun merkwürdig, daß auch in anderen Gegenden Deutschlands nach den gleichen Methoden gearbeitet worden ist, und daß diese Protokolle auch durch andere Berichte von Beteiligten ergänzt sind. So wird über die Vorgänge in Breslau folgendes berichtet:

Eines Tages teilte man der kommunistischen Parteileitung in Breslau mit, daß von der Zentrale ein „politischer Kommissar“ für Schlesien und die Lausitz ernannt worden sei. Wohlgerne von der neuen Zentrale, der Zentrale der „Offensive“. Und dann kam jener andere Tag, an dem es hieß: „Es geht los“. In jener Sitzung der Parteileitung, die so folgenschwer für die Partei sein sollte, rief ein Genosse aus: „Das ist ja Wahnsinn, das ist ja ein Verbrechen an den

Genossen, das sind ja Schurken, die jetzt losgeschlagen wollen, jetzt, wo absolut keine Stimmung für einen bewaffneten Aufstand ist, wo aber die Aussicht vorhanden ist, daß angesichts der Zuspitzung der Dinge in Oberschlesien, der immer kritischer werdenden Situation im Westen (Sanktionen) vielleicht viel mühsamer, blutiger die politische Macht in die Hände der K. P. D. gelangen könnte!“ Umsonst. Man beriet darüber, was geschehen sollte, um die Breslauer Arbeiterklasse wild zu machen.

Kurz zuvor war eine Bombe auf der Lauengartenstraße explodiert, anscheinend ein Spiegelwert — man wollte um jeden Preis den Verdacht vermeiden, daß die K. P. D. hinter diesem idiotischen Attentat hände. Und man einigte sich auf den grandiosen Gedanken, auf einem der bekanntesten und in der Arbeiterklasse beliebtesten Kommunistenführer einen Revolveranschlag zu verüben. Ein Scheinattentat nur sollte es sein, scheinbar ausgeführt von der „Reaktion“, um die Arbeiter zu erregen. Der dafür Ausgerüstete lehnte aber ab.

Später kam man auf die Idee, das Gewerkschaftshaus in die Luft zu sprengen, davon versprach man sich große Wirkungen auf die Arbeiterklasse. Dem Mann, der diese Aktion ausführen sollte, fiel jedoch das Herz in die Hose und so einigte man sich schließlich dahin, das Klosett in der Nikolaistraße, im kommunistischen Parteisekretariat in die Luft zu sprengen. Aber man brauchte ein Menschenopfer, damit die Sache „blutiger“ ausfallen und den „weißen Gardern“ wenigstens das Blut eines Arbeiters angehölet werden konnte. Die Bramarbasche, die die „Tat“, die „Aktion“, die „Offensive“ haben wollten, sie dachten natürlich nicht einen Augenblick daran, die eigene teure Haut zu Markte zu tragen, und schließlich wurde allen Ernstes der Antrag vorgebracht, die Stenotypistin der „Schlesischen Arbeiterzeitung“, ein Fräulein Hümel, mit in die Luft gehen zu lassen, die im Bureau neben dem Klosett arbeitete.

Als einige Genossen darauf hinwiesen, daß doch dann ein Menschenleben zu beklagen sein würde, warf man ihnen Sentimentalität und Humanitätsduselei vor, ließ jedoch den Plan fallen. So slog das Klosett der K. P. D. ganz einfach in die Luft! Die Arbeiterklasse nahm keinerlei Anteil an dem Schicksal des Abortes, aber die Folge dieser „Aktion“ war die

Verhaftung von über 50 braven, tüchtigen Genossen

in der Provinz. Nahtlos sperrte die Polizei Menschen ein, die ihr als Kommunisten bekannt waren. Die Breslauer Bewegung, nun vollständig führerlos, brach jetzt völlig zusammen. Die letzten anständigen Arbeiter verließen die Partei und übrig blieb ein Häufchen Menschen, die teilweise aus Phantasien, zum andern Teil aber aus irreführenden Menschen bestanden.

Auch aus diesem Bericht mögen alle Arbeiter die Schlussfolgerung ziehen, daß sie sich nicht noch einmal zu narrenhäuslerischen Streichen provozieren lassen dürfen!

Ein vernünftiger Schritt

Das Verbot öffentlicher Versammlungen und Umzüge aufgehoben

Amlich wird gemeldet:

Der Polizeipräsident von Berlin erläßt folgende Bekanntmachung:

Das auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung unter dem 22. November 1921 angeordnete Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel tritt am 28. November 1921 außer Kraft.

Auf Grund dieser Bekanntmachung sind vom Montag, den 28. November 1921 ab Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und Straßendemonstrationen wieder gestattet. Von der politischen Einsicht der Berliner Bevölkerung darf erwartet werden, daß sie den Mißbrauch der Versammlungsfreiheit zu verbrecherischen Ausschreitungen in Zukunft verhindern wird.

Die Kreditaktion der Industrie

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hat am Donnerstag Direktor Kraemer, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, über das Kreditangebot der Industrie gesprochen. Er gab eine Schilderung des Entstehens dieser Aktion, vertheidigte sie gegenüber den Angriffen und bekannte sich auch als Feind der Enthaftung der Eisenbahnen. Er trat aber dafür ein, daß den Eisenbahnen Gesellschaftsform gegeben werde und daß das Reich von den Aktien 51 Prozent und die Industrie 49 Prozent in den Händen halte. Ueber diesem sehr bedenklichen Plan forderte Direktor Kraemer von den Arbeitern Zustimmung „zu der Beilegung der Auswüchse in der schematischen Durchführung des Achtstundentages“.

Wenn Direktor Kraemer erklärte, die Industrie bringe ein großes Opfer, denn sie gebe 25 Prozent ihres Vermögens für das Reich hin, die Arbeiter müßten deshalb auch 25 Prozent mehr leisten, so ist das dieselbe Zerstückelung der Öffentlichkeit, wie sie die Gegner der Industrie-Kreditaktion sich geleistet haben. Opfer haben bisher nur die Arbeiter gebracht. Sie sind die Leidtragenden der Geldentwertung. Sie zahlen seit 1 1/2 Jahren regelmäßig ihre hohen Einkommensteuern. Auf ihnen ruhen die Lasten der Verbrauchsteuer. Sie erhalten die geringen Löhne, die den Unternehmern die riesigen Konjunkturgewinne verschaffen. Die Besitzenden, insbesondere die Industriellen aber, ziehen den Nutzen aus der Geldentwertung. Sie haben bisher keine oder nur geringe Steuern gezahlt, sie weigern sich auch für die Folge, Lasten zu übernehmen. Ihr Kreditangebot soll nur ein Geschäft sein, aber kein Opfer.

Es liegt deshalb für die Arbeiterklasse kein Anlaß vor, von ihrer bisherigen Stellung zum Achtstundentag oder gar zur Ersaffung der Sachwerte irgend etwas preiszugeben.

Ein Beschluß des Reichswirtschaftsrates

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung am 25. November erneut mit der Kreditaktion der Industrie und sah nach längerer Erörterung folgenden Beschluß:

„Der Reparations-Ausschuß spricht die Meinung aus, daß die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates am 4. November 1921 eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. Enschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsproduktbetrieben sind daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten. Dagegen lehnt der Reparations-Ausschuß die Verquickung dieser und anderer als Bedingung gestellten Forderungen mit der Frage der Kreditaktion ab.“

Der Gesetzentwurf für eine Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe wurde darauf dem Arbeitsausschuß zur erneuten Behandlung überwiesen.

Die Schwerindustrie gegen Steuern

Die Schwerindustrie kämpft nicht nur gegen die Ersaffung der Goldwerte, sondern auch gegen die unzulänglichen Steuer-Vorlagen der Regierung. Auf der Tagung des Eisen- und Stahl-Industrieverbandes in Elberfeld wurde erklärt, für die Vermögenszuwachssteuer sei überhaupt kein Raum, da die Steuerlasten schon jetzt zu hoch seien. Die Verammlung erhob ferner Einspruch gegen die Umsatz- und die Inzeratensteuer. Besonders scharf wandte sie sich gegen die Ersaffung der Goldwerte. In einer weiteren Entscheidung wird die sofortige Aufhebung des Erlasses des Reichsfinanzministers gefordert, in dem die Landesfinanzämter Düsseldorf, Köln und Münster angewiesen werden, die Gewerbesteuerordnungen der Gemeinden, die im Endergebnis über 50 000 der staatlich veranlagten Gewerbesteuererläge nicht hinausgehen, zu genehmigen. Eine solche Steuer beträfe 50 Prozent des gesamten Geschäftsgewinnes der Gewerbetreibenden. Je besser es der Industrie geht, je größer ihre Gewinne sind, desto mehr steigt ihre Steuerlast.

Zentrum und Reichstagsauflösung

Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ beschäftigt sich in langen und breiten Ausführungen mit den Verhandlungen zwischen den führenden Körperschaften der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften über ein gemeinsames Vorgehen in der Steuerfrage. Diese Betrachtungen würden uns nicht interessieren, wenn die parteiamtliche Korrespondenz die Gelegenheit nicht benutzte, um ihre Meinung über eine Reichstagsauflösung zu sagen. Die Korrespondenz entnimmt dem Bericht des „Vorwärts“ über die erwähnten Beratungen eine Wendung von Hermann Müller über die Reichstagsauflösung, um Betrachtungen daran zu knüpfen. Müller führte aus, die gegenwärtige Steuerpolitik scheine auch eine Einigung in den gegenwärtigen Ministerien auszuschließen, und darum habe er eine Auflösung des Reichstags für sehr wahrscheinlich. Dazu schreibt die Zentrums-Korrespondenz folgendes:

Diese Äußerung des Herrn Müller ist keine neue Offenbarung. Man weiß längst, daß in sozialdemokratischen Kreisen schon seit geraumer Zeit der Gedanke von Neuwahlen eine gewisse Rolle spielt. Es ist nur nicht zu übersehen, so es sich hierbei mehr um ein taktisches Spiel handelt oder ob die Haltung der Reichstagsauflösung, die gerade in letzter Zeit wiederholt öffentlich zum Ausdruck gekommen ist, einen sachlichen Hintergrund hat. Es wird nicht leicht sein, diese Frage zu entscheiden. Wenn die Reichstagsauflösung diese Frage rein sachlich erwägt, dann wird sie zu einer Verwerfung derselben kommen müssen. Wir haben uns mit der Frage der Auflösung des Reichstags wiederholt befaßt und können nur wiederholen, daß nach unserer Auffassung eine Auflösung des Reichstags und die dadurch bedingten Neuwahlen aus außen- und innenpolitischen Gründen sehr schwerwiegende Folgen nach sich ziehen könnte.

Demnach will sich die Zentrumspartei dafür einsetzen, daß eine Auflösung des Reichstags auf alle Fälle vermieden wird.

Wird Rathenau wieder Minister?

Von gut unterrichteter Seite wird gemeldet, daß es als sicher gelten dürfe, daß der Reichsanzler binnen kürzester Frist an Dr. Rathenau erneut den Ruf ergoßen lassen wird, den Posten des Wiederaufbauministers wieder einzunehmen. Wenn es auch noch nicht absolut feststeht — führt die Meldung fort —, ob Dr. Rathenau diesem Ruf Folge leisten wird, so spricht doch hohe Wahrscheinlichkeit dafür. Das von der demokratischen Partei vorher ausgesprochene direkte Verbot wird schon heute nicht mehr aufrechterhalten, und es ist anzunehmen, daß sich auch sonstige Widerstände, die bei den Demokraten dem Wiedereintritt Rathenaus in die Regierung entgegenstehen, überwunden werden. — Angeblich gehen diese Widerstände besonders von Koch und Gothein aus, von denen der erste sich auf dem Parteitag der Demokraten in Bremen für Schwarz-weiß-rot erklärt hat, während der zweite als einer der unerbittlichen Verfechter der Interessen des Großkapitals gelten muß.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß Rathenaus Wiederkommen der Erfolg einer vernünftigen Politik war, und es liegt sich darum gegen eine Fortsetzung dieser Politik auch von unserem Standpunkte aus nichts einwenden.

Es kommt hinzu, daß, wenn wir recht unterrichtet sind, Anfang Dezember in Frankfurt am Main neue Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Gewerkschaften über den Wiederaufbau durch deutsche Arbeiter stattfinden. Auch diesem Bestreben könnte die Rückkehr Rathenaus nur förderlich sein.

Die geheimen Rüstungen

343 Haubitzen gefunden

Vor einigen Tagen wurde in den Kottbus-Werken in Heidenau b. Dresden eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen. Die Interalliierte Kommission wurde jedoch von der Direktion und auch von einem Teil der Arbeiterschaft an der Durchsuchung gehindert. Später nahm die Polizei die Durchsuchung vor und fand hinter einem vermauerten Raum 150 neue Mantelrohre aus Chromnickelstahl für leicht Feldhaubitzen. Inzwischen haben weitere Durchsuchungen stattgefunden. Dabei wurden, wie uns aus Dresden berichtet wird, 343 Haubitzen, Kaliber 10,5 Zentimeter, gefunden. Die Haubitzen waren komplett, nur die Patetten fehlten. Nach der Art der Verpackung wird angenommen, daß die Haubitzen von Spandau aus nach Dresden geschickt worden waren.

Durch derartige Funde, über die jedesmal von der Interalliierten Kommission der Reichsminister in Paris unterrichtet wird, wird dem Ausland nur von neuem wieder Gelegenheit gegeben, die Behauptung aufzustellen, daß Deutschland im geheimen die Rüstungen fortführt. An eine Milderung des Tre-

densvertrags ist unter solchen Umständen natürlich nicht zu denken, die Schwierigkeiten, die Deutschland in Fragen der auswärtigen Politik zu überwinden hat, werden durch derartige Nachenschaften wesentlich gesteigert. Im Grunde genommen sind die geheimen Rüstungen der Reaktion nach der Landesverrat. Bedauerlich ist es, daß die Arbeiterschaft der Kottbus-Werke die Waffenschließungen nicht zu unterbinden verstanden hat. Derartig große Waffennengen hätten ihr nicht verborgen bleiben können. Wo waren die Betri berüht? Wir können nur von neuem wieder die Arbeiter ermahnen, die Augen offen zu halten und auch nicht den Schein aufkommen zu lassen, als hätten sie mit den geheimen Rüstungen irgend etwas zu tun. Denn das wäre nur Wasser auf die Mühlen der ausländischen Chauvinisten.

Aushöhlung der Vermögenssteuer

Die Beratungen des Steuerausschusses

Im Reichstagsausschuß für die Besteuerung wurde am Freitag die Beratung des Vermögenssteuergesetzes fortgesetzt. Ein Antrag der Rechtssozialisten wollte die Steuerfreiheit für Gegenstände aus adlem Metall, Edelsteinen oder Kunstgegenständen von 50 000 M. auf 30 000 M. herabsetzen. Abg. Heßlerich wendet sich gegen diesen Antrag, da er eine „unerträgliche Schwächung“ der Privatverhältnisse bedeute und „höflichen Demunziationen“ Tür und Tor öffne. Auf seine Anfrage erklärt ein Regierungsvizepräsident, daß die Bestimmung, daß Edelmetalle, Schmuck usw. steuerpflichtig sind, bisher in der Praxis keine Bedeutung gehabt habe. Es seien hierfür fast nie Beiträge angegeben worden! Abg. Dr. Herz (U. S. P.) fordert deshalb, daß die Regierung, um die damit zugegebene dauernde Umgehung dieser Bestimmung zu verhindern, die Finanzämter anweist, die Vorlegung der Eintrags- und Feuerversicherungs-polizen zu verlangen. Er beantragt eine dementsprechende Entscheidung. Trotzdem sie nur die Beachtung der bereits bestehenden, aber nicht angewendeten gesetzlichen Bestimmungen fordert, wird sie gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien und der Demokraten abgelehnt.

Wehrlich verhalten sich die bürgerlichen Parteien gegenüber einem Antrag der Rechtssozialisten, Hausrat nicht unbefristet, sondern nur bis zum Betrage von 200 000 M. steuerfrei zu lassen. Die Abg. Bernheim (S. P. D.) und Herz (U. S. P.) weisen darauf hin, daß ungeheure Beträge in Möbeln, Teppichen und ähnlichen Gegenständen angelegt und dadurch der Steuer entzogen werden. Durch die Geldentwertung wird diese Tendenz noch stark gefördert, da dadurch der Wert dieser Gegenstände dauernd steigt. Gerade die Schieber und Kriegsgewinnler hätten sich auf diese Weise leicht der Steuerpflicht entziehen können. Trotzdem wendet sich der Staatssekretär Jatz gegen den Antrag, weil er große Mehrarbeit verursache. Heßlerich nennt ihn „kulturfeindlich“. Auch ein Änderungsantrag der Demokraten, Hausrat bis zu 300 000 M. freizulassen, findet keine Gnade bei den Rechtsparteien, heißt nicht bei dem Zentrum, das unter der Führung des Agrarierherren und des Großindustriellen ten Hompel auch in diesem Hause dem Besch der Steuerhinterziehung ermöglicht. Beide Anträge werden abgelehnt. Ein Antrag der Volkspartei will außerdem Gegenstände, die geschäftlichen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Wert haben, steuerfrei lassen. Doch wird dieser Antrag, nachdem die Regierung keine Konsequenzen als gefährlich bezeichnet hat, abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschnationalen, für die Dauer von 15 Jahren alle steuerrechtlichen Werte steuerfrei zu lassen, wird abgelehnt, nachdem darauf hingewiesen worden war, daß er weder gerecht sei, noch notwendig, denn der § 24 enthalte bereits weitgehende Erleichterungen für die Kleinrentner, die sich im Besitz von steuerrechtlichen Werten befinden. Daß dieser Antrag aber überhaupt gestellt werden konnte, läßt die Absicht der Deutschnationalen, auch das Vermögenssteuergesetz möglichst auszuhöhlen, deutlich erkennen.

Aus der Partei

Ein vorbildlicher Entschluß

Eine Parteikonferenz des Kreises Lennep-Weitmann beschloß am 20. November, ab 1. Januar 1922 den Monatsbeitrag für männliche Mitglieder auf 5 Mark, für weibliche Mitglieder auf 3 Mark festzusetzen.

Kleine Nachrichten

Derterter Nachfolger. Im Braunschweigischen Landtage wurde gestern an Stelle von Derter der unabhängige Landtagsabgeordnete Grostewohl mit 30 sozialistischen Stimmen zum Mitgliede des Staatsministeriums gewählt. Die Mitglieder der bürgerlichen Fraktionen hatten eine Teilnahme an der Erbschaftswahl im Hinblick auf die bevorstehende Landtagsneuwahl abgesehen.

Vom Hungerstreik. Wie der „Dem.“ amtlich mitgeteilt wird, ist in Lorgau der Hungerstreik beendet. In Lichtenburg essen noch vier Gefangene nicht. Der Zustand aller Gefangenen ist unbestimmt, eher gebessert. In Wittenberg nehmen alle Gefangenen Nahrung wieder an. Die Gefangenen in Lichtsburg werden nunmehr in Gruppen, nicht mehr alle zusammen, untergebracht. Nur in einem Falle ist die Gruppe 20 Mann stark, sonst sind die Gruppen viel kleiner.

Beifüge für den Staatsgerichtshof. Der Reichstag hat als Beifüge des Staatsgerichtshofes gewählt die Herren Rechtsanwalt Dr. Pönheim, Berlin, Senatspräsident beim Reichswirtschaftsgericht Ischert, Staatsminister a. D. Dr. Lenzke, Staatssekretär a. D. Dr. Visca und Rechtsanwalt Einzheim, Frankfurt a. M., als Stellvertreter der Beifüge die Herren Rechtsanwalt Kraut, Stuttgart, Zentral-Arbeiterssekretär Hermann Müller, Berlin, Rechtsanwalt beim Reichsgericht Justizrat Dr. Schrömbgens, Leipzig, Rechtsanwalt Dr. Weinberg, Berlin, und Rechtsanwalt Geh. Justizrat Dr. Wildhagen, Leipzig.

Massenfische und trotzdem hohe Preise. Die besonders in den letzten Tagen erfolgte züchtige Zuzucht zu den Hamburger Fischmärkten, infolge des Massenfanges der Sprotten, vermochte bisher die Preise in keiner Weise zu drücken. Alle größeren Hochseefischereifahrer sind in den Sprottenfang mit eingetreten. Nachdem kürzlich erst sehr dieser Kutter etwa 200 000 Pfund Fische heimgebracht haben, wurden jetzt wiederum von mehreren Fahrzeugen weitere Massenfänge gemeldet.

Belegung des Burgenlandes durch Oesterreich. Amlich wird aus Wien gemeldet: Am Freitag haben die Truppen des Bundesheeres mit der beigegebenen Gendarmerie den Vormarsch zur Beilegung des ganzen südlich vom Oedenburger Abtummungsgebiet liegenden Teiles des Burgenlandes begonnen.

Ein Attentat. Gestern vormittag wurde auf den litauischen Handelsminister Galpanauskas in seiner Wohnung ein Mordanschlag verübt. Der Minister wurde durch Schüsse verwundet, die von einer in seinem Zimmer explodierten Bombe herüberkamen. Der Urheber des Attentats ist noch unbekannt. Die Untersuchung ist im Gange. Die Vertreter der fremden Regierungen bräukten dem Minister des Auswärtigen im Namen ihrer Regierungen ihr Beileid aus.

Militärische Maßnahmen in Frankreich. Der Präsident der französischen Republik hat eine vom Kriegsminister eingebrachte Gesetzesvorlage angenommen, durch welche die Wehrpflicht geschaffen werden soll. Militärpersonen unter 30 Jahren auf mindestens 2 Jahre in die Armee des Mutterlandes einzustellen, selbst wenn sie seit mehr als 2 Jahren aus der Armee ausgetreten sind.

Kakenjammer im Landtag

Eberlein über die Enthüllungen

Der Preussische Landtag erledigte gestern zuerst den Fortsetzungsbeschluss und dann mit den Beratungen über den Etat des Innern zu beginnen. Das Haus war beschämend dürrig besetzt; mitunter folgten höchstens zwanzig Abgeordnete den Ausführungen der Redner. Die Anstrengungen der beiden Nachmittags-Sitzungen machten sich bei den noch anwesenden Abgeordneten fast bemerkbar. Mancher fiel vorübergehend, der Würde des Hauses entsprechend, in ein kleines Nickerchen.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Franz Krüger eröffnete den Reigen der Redner und trug in kurzen Darlegungen die Wünsche seiner Partei zur Reform der inneren Verwaltung vor. Er verfehlte den Deutschnationalen manchen Seitenhieb, fand aber kein Echo. Der Redner der Deutschnationalen, Herr Winterfeldt, feierte in einer matten Rede die Forderungen seiner Partei, ohne irgendwelche Beachtung zu finden. Die Deutsche Volkspartei schickte Herrn Leibig vor, der die Koalitionschamale blies und nur einmal aus der Rolle fiel, als er das Verbot der „Täglichen Rundschau“ scharf mißbilligte und Schreie nach dem abwesenden Minister ausstieß.

Etwas mehr Leben kam in das Haus, als der kommunistische Abgeordnete Eberlein die Tribüne bestieg. Die zwei Dugend Anwesenden näherten sich der Rednertribüne und fragten Eberlein, wo er seine Führlinur habe. Eberlein suchte sich zu verteidigen, aber man merkte es ihm an, daß er sich in einer sehr unglücklichen Rolle befand. Eberlein bestritt die Echtheit der Berichte, behauptete aber, daß ihr Inhalt anrüchlich sei, denn sie stammten aus der Quelle Paul Levis, der damals im Lande herumgerast sei, um Material gegen die kommunistische Zentrale zu sammeln. Daß er an den Sitzungen in Halle teilgenommen hat, stritt Eberlein nicht ab. Er gab auch zu, daß über Sprengungen gesprochen wurde, denn es sei selbstverständliche Pflicht gewesen, den angegriffenen Arbeitern zu Hilfe zu kommen und Munitionslager der Gegner zu zerstören. Die Sprengung von Gebäuden, die Eigentum der Arbeiterschaft sind, sei jedoch nicht beabsichtigt gewesen. Was Levis darüber sage, sei Phantasie. Levis habe den Fehler gehabt, daß er zu stark militaristisch und zu wenig politisch gedacht habe. In der Sitzung der kommunistischen Zentrale vom 3. Mai sei das Verbot der „Täglichen Rundschau“ auch mißbilligt worden, desgleichen seine Verlechte. Außer einigen Kommunisten gab es im ganzen Saal keinen Menschen, der dem matten Rechtfertigungsversuch Eberleins Glauben geschenkt hätte.

Für unsere Fraktion sprach dann Genosse Leid, der den reaktionären Charakter der preussischen Verwaltung kennzeichnete. In den Regierungskreisen herrsche noch immer eine dumpfe Moderatheit. Es sei charakteristisch für die heutige Zeit, daß noch ein ganzer Haufen von Verfügungen, Erlassen und Kabinettsordern Geltung habe, der teilweise aus einem alten Jahrhundert stamme. Erst jetzt wieder sei dem Landtag eine Beschlussempfehlung von 1757 in Kraft ist und ange-

wendet wird. Mit diesem verstaubten Plunder müsse endlich einmal aufgeräumt werden, damit der neue Geist Einzug halten könne.

Genosse Leid wendete sich dann gegen den kleinen Belagerungsstand in Berlin und gegen die Maßnahmen, die die Polizei insbesondere gegen die Arbeitslosen ergreifen hat, gegen die Arbeitslosen, die ausdrücklich verweigert haben, daß sie mit den Plünderungen nichts zu tun haben wollen. Spitzmache sei bei den Plünderungen zweifellos am Werke gewesen. Dann geißelte Genosse Leid sehr scharf die Tätigkeit Professor Brunners. Die Polizei eigne sich nicht dazu, über Kunstwerke zu urteilen und noch viel weniger sei sie befugt, Sittlichkeitsmaßregeln zu betreiben. Das Zentrum wurde bei diesen Ausführungen lebendig und erhob Widerspruch. Genosse Leid hob jedoch hervor, daß durch Aktionäre die Sittlichkeit nicht gehoben werden könne. Zum Schluß sprach Genosse Leid gegen die Koalitionsregierung, die sich nicht von dem Platz befreien könne, eine arbeitserfreundliche Regierung zu sein.

Kurz nach 4 Uhr verlagte sich das Haus auf Dienstag mittags 12 Uhr. Die Beratungen über den Inneneetat sollten am Dienstag zu Ende geführt werden. Dann will sich der Landtag mit dem Etat der Volkswirtschaft beschäftigen.

Der preussische Kultusetat

Im Hauptauschuß des Landtages wird gegenwärtig der Kultusetat beraten. In der gestrigen Sitzung, die sich mit den Hochschulen befaßte, brachte Sen. Dr. Wegl mehrere Anträge ein, die er ausführlich begründete. Die Anträge fordern: 1. die studentischen Arbeitsnachweise und die akademischen Wohlfahrtsämter mit allen Mitteln zu fördern, u. a. auch durch Schaffung von Lehrgeldern und wohlfeilen Speisegelagenheiten; 2. eine Abkürzung der Semestergebühren nach dem Steuerzeitel des Vaters oder des Studierenden einzuführen; 3. geeignete Maßnahmen zur Aufhebung des Doktorstitels zu treffen; 4. die Verwaltungsstatuten der Hochschulen derart zu ändern, daß die Verwaltungsgeschäfte sich zusammenschließen und die Beschlüsse der Fakultäten, der Studierenden und der unabhängigen Fachorganisationen; 5. Sorge dafür zu treffen, daß zur Habilitation an Universitäten und Technischen Hochschulen nur diejenigen Bewerber zugelassen werden, die von den Behörden der Vertretung der Lehrkräfte, der Studierenden und der unabhängigen Fachorganisation in Voranschlag gebracht werden; 6. Mittel zu bewilligen, um allen Dozenten eine ausreichende Existenz zu gewährleisten; 7. Mittel bereitzustellen, um allen Assistenten der Universitätsbibliothek und Technischen Hochschulen, insbesondere auch den Solonassistenten, eine ausreichende Existenz zu gewährleisten; 8. zur Förderung des medizinischen Unterrichts dafür zu sorgen, daß die von den Städten zur Verfügung gestellten Krankenhäuser von den Studierenden als amtl. anerkannte Ausbildungsstätten benutzt werden können; 9. geeignete Maßnahmen zu treffen, um in allen gelehrten und technischen Berufen im Sinne einer planmäßigen Bedarfsdeckung die Zahl der auszubildenden Studierenden einzuschränken; 10. Vorkehrungen zu treffen, daß durch Berufsberatungsorganisationen die Reifung und Fähigkeit der Schüler und Schülerinnen festgestellt wird, um sie einem entsprechenden Beruf zuzuführen.

keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Die freigelegenen Arbeitslosenvertreter werden auch hierbei beratend und helfend eingreifen. Vom Magistrat wird erwartet, daß die Armenkommissionen der Stadtbezirke, an die die Antragsteller zu verweisen sind, entsprechend benachrichtigt werden, damit eine schnelle Erledigung gewährleistet ist.

Die Deutschen Werke

Bekanntlich gatten sich Vertreter des Reichstagesamtes und der Deutschen Werke nach Paris begeben, um dort bei den zuständigen Ententevertretern die Vorstellungen zu erheben, die die deutsche Regierung und mit ihr die gesamte Arbeitererschaft der Deutschen Werke gegen die weitere Fortsetzung von Friedensverträgen bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hat. Die deutschen Vertreter sind jedoch aus Paris zurückgekehrt und haben bei den Verhandlungen in Versailles den Eindruck gewonnen, daß man auf gegnerischer Seite bemüht ist, sich sachlich in die Angelegenheit zu vertiefen, und daß man die Darlegungen der deutschen Vertreter mit Interesse aufgenommen hat. Die weiteren Entscheidungen werden in Versailles getroffen werden, hoffentlich rechtzeitig für den Eindruck unserer deutschen Angehörigen.

Internationales

London, 25. November.

„Laut Daily Herald“ wird auf der zum 8. Dezember nach London einberufenen Sondertagung des Internationalen gemeinsamen Rates der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung eine Entschließung unterbreitet werden, die folgende Forderungen aufstellt:

Streichung der Kriegsschulden, vollständige Revision des Entschuldigungsplanes, Beendigung der bewaffneten Belegung des größeren Teiles von Mitteleuropa und Stabilisierung der europäischen Währungen durch Vereinbarung von internationalen Krediten oder Anleihen.

Italien und die Internationale

In einem zuerst in französischen Blättern veröffentlichten Telegramm der Moskauer Internationale wird das Vorgehen der Vertreter des Moskauer Exekutivkomitees auf dem letzten Kongress der italienischen sozialistischen Partei gutgeheißen und der Ausschluss der italienischen sozialistischen Partei aus der dritten Internationale endgültig ausgesprochen. Eine andere Entscheidung war gar nicht zu erwarten, und so nimmt denn auch der „Avanti!“ ganz gelassen von dem Moskauer Telegramm Kenntnis.

Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen auch der italienische Gewerkschaftsbund, welcher bekanntlich angeschlossen ist mit der italienischen sozialistischen Partei verbunden ist, jede Beziehung zu Moskau lösen mußte. Auf dem letzten, im Frühjahr dieses Jahres stattgefundenen Kongress war beschlossen worden, eine Delegation zum Kongress der roten Gewerkschaftsinternationale zu entsenden. Nun hat eine Anfang dieses Monats in Verona einberufene Gewerkschaftskonferenz den damaligen Beschluß revidiert und sich für die weitere Zugehörigkeit zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale erklärt. Damit hat die rote Gewerkschaftsinternationale ihr bedeutendstes Glied verloren.

Die Dreiklasseninteilung. Die Verhandlungen des Deutschen Beamtenbundes und der höchsten Eisenbahngewerkschaften mit dem Reichsfinanzministerium über den Entwurf eines Dreiklassenverzeichnisses, der dem Reichsfinanzministerium vom Statistischen Reichsamt unterbreitet ist, werden sich noch längere Zeit hinziehen, da die Gewerkschaften zahlreiche Verbesserungsanträge gestellt haben.

Zur Frage der internationalen Einigung

Genosse Ledebour schreibt uns: Durch das Wolffsche Telegraphenbureau ist den Zeitungen die Mitteilung zugegangen, der Volkswirtschaftsausschuß der 2. Internationale habe in Brüssel, unter Vorsitz Vanderveldes, einen Beschluß gefaßt, wonach eine internationale Sozialistenkonferenz einberufen werden soll, um die Einheit der Internationale wiederherzustellen.

Offenbar haben die Leiter der sogenannten 2. Internationale sich zu diesem Schritt entschlossen auf die Nachricht hin, daß auf dem Jahreskongress der Sozialistischen Partei Frankreichs beschlossen wurde, das Bureau der Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien in Wien aufzulösen, die Initiative zu ergreifen, um eine Konferenz sämtlicher bestehenden internationaler Organisationen des Proletariats herbeizuführen. Dieser Beschluß war gefaßt worden auf meine Mitteilung hin, daß ich dem Internationalen Bureau in Wien die Zusammenberufung einer allumfassenden internationalen Konferenz vorschlagen würde, und zunächst durch die Vorbereitung internationaler Aktionen die Herausbildung einer allumfassenden Internationale vorzubereiten. Wäre es den Leitern der sogenannten 2. Internationale wirklich allein um die Neubegründung einer allumfassenden Internationale zu tun, so wäre es geboten gewesen, diesen Schritt der 2. I. S. P. abzuwarten. Es würde mich jedoch nach meiner Rückkehr sofort mitgeteilt, daß Anhänger der 2. Internationale aus Konkurrenzbedürfnis eine Gegenaktion von London oder Brüssel aus planten. Ich habe deshalb sofort die anderen Mitglieder des Bureaus um Befestigung unseres Vorgehens ersucht und werde jetzt diesen Wunsch nachdrücklich abermals geltend machen.

Für jeden Genossen, der einigermassen mit dem Entwicklungsgang der internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien aller Länder vertraut ist, liegt es klar auf der Hand, daß eine Initiative der 2. I. S. P. jedenfalls erheblich mehr Erfolg verspricht, als eine solche vom kleinlichsten Konkurrenzbedürfnis diktierte Gegenaktion der sogenannten 2. Internationale.

Es ist sogar nicht einmal ausgeschlossen, daß die von Brüssel ausgehende Einladung die der sogenannten 2. Internationale angebotenen kommunistischen Parteien überhaupt nicht berücksichtigen wird. Wenigstens läßt darauf das Vorgehen der Vertreter der sogenannten 2. Internationale auf der Konferenz in London zwischen der Labour-party und der 2. I. S. P. schließen. Aber es ist andererseits auch sicher, daß eine Einladung der sogenannten 2. bei den Mitgliedern der sogenannten 3. Internationale keine Beachtung finden wird. Über auch die 2. I. S. P. hat einer solchen von vornherein auf einen Putschkongress zugeschnittenen Einladung gegenüber sich ablehnend verhalten.

Auf internationalem Gebiete steht es mit der Frage der Wiederereinigung ähnlich wie in den einzelnen Ländern. Die durch den Weltkrieg geschaffenen Gegensätze zwischen den proletarischen Parteien sind auch durch die reaktionäre Entwicklung in den einzelnen Ländern noch nicht ausgeglichen. Die bestehenden Gegensätze machen den formalen Zusammenschluß augenblicklich unmöglich. Erreichbar ist jetzt nur eine Verständigung über gemeinsame Aktionen, die aus der aktuellen Tagespolitik herauswachsen. Auf internationalem Gebiete wird dazu den Anlaß geben die Sicherung des Friedens, die Bekämpfung der allgemeinen Teuerung und der Abbau der aus den erzwungenen Friedensverträgen herauswachsenden Völkerbedrückungen. Erst wenn in solchen gemeinsamen Kämpfen alle die einzelnen Parteien und Organisationen des Proletariats wieder zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf durchgerungen haben werden, sind die Vorbereitungen zu einem allumfassenden organisatorischen Zusammenschluß auch auf internationalem Gebiete gegeben. Wie wir Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland es als unsere Aufgabe betrachten, eine solche Entwicklung zu fördern und zu beschleunigen, so stellt sich die 2. I. S. P. dieses Ziel auf internationalem Gebiete. Die Wiederherstellung der Einigung läßt sich nicht über das Arie brechen; sie ist ein langwieriger und mühsamer Prozeß. Behändig am Werke, ihn zu einem guten Ende zu führen, sind wir des Erfolges gewiß, da die ökonomische Entwicklung uns dabei zu Hilfe kommt. Die Arbeitererschaft der ganzen Welt muß aus dem gegenwärtigen Elend sich herausreißen durch gemeinsame Verwirklichung des Sozialismus, wenn sie nicht endgültig dem materiellen und moralischen Untergang verfallen will.

Aus der Wirtschaft

Valutanachteile für die schlesische Industrie

Dieser Tage ward gemeldet, daß die böhmischen Kohlenhändler beabsichtigen, künftig bei Ausfuhrtransporten nach Deutschland den Preis der Kohle in tschechischen Kronen festzusetzen. Das würde, allgemein durchgeführt, unangenehme Konsequenzen nach sich ziehen. Die Kohle, die die Industrie benötigt, wird entsprechend dem Stande der tschechischen Krone mit einemmal 2 1/2 bis 3mal so teuer zu bezahlen sein, als bisher. Der neue Preis der Hausbrandkohle aber würde diesen Kindernachmitteln überhaupt unerschwinglich. Sachse mußte also versuchen, zur Deckung seines Bedarfs Inlandskohle zu erhalten; aber daran besteht ja leider ohnehin schon Mangel.

Wir haben es hier mit den Folgen des Valutaschwundes der Mark zu tun. Bis vor kurzem handelte die Mark der tschechischen Krone etwa gleich. In der tschechischen Slowakei bestanden zwei Preise. Der von der Regierung im Interesse der Verbraucher niedriger gehaltenen Inlandspreis und der Auslandspreis, der um rund 30 vom Hundert höher war, damit sich der Exporteur für den Auslandsverkauf im Ausland schuldig halten konnte. Der Auslandspreis ward in Mark berechnet. Infolge der Entwertung der Mark berechnen aber nun die böhmischen Kohlenhändler den Valutaunterschied dem deutschen Käufer. Es ist verhältnismäßig gleichgültig, ob dies in Kronen oder in Mark geschieht. Nunmehr gehen, wie gemeldet wird, die obersteilischen Gruben dazu über, von den Tschechen ebenfalls Kronenpreise zu verlangen. Wir können von unserem Standpunkte aus das insofern unterliegen, als dadurch die Handelsbilanz Deutschlands etwas günstiger würde. Aber damit kann es sein Bewenden nicht haben. Viel wichtiger wäre es, daß die mühselos den Grundbesitzern ausgetretenen Gewinne zum Ausgleich für die Verbilligung der nach Deutschland eingeführt werden tschechischen Kohlen benutzt würden und daß auf jeden Fall die erzielten Summen der Allgemeinheit zugute kommen.

Vorläufig läßt allerdings die Absicht, die auszuführende deutsche Kohle in der Tschechoslowakei zu verteuern, auf den entschiedenen Widerspruch der dortigen Regierung. Die tschechische Regierung hat nämlich, wie aus Prag gemeldet wird, beschlossen, daß vor jetzt ab jede Kohlenlieferung und jeder Kohlenbezug in der Währung des Exportlandes zu berechnen sei. Das Bankamt beim Prager Finanzministerium wird keinerlei Kronenexporte für Kohlenbezüge aus dem Ausland akzeptieren. Es wird darauf bestehen, daß tschechische Kohle in Mark und böhmische Braunkohle in tschechoslowakischer Währung bezahlt wird.

Hoffentlich gelingt es auf dem Wege der einseitigen Verhandlungen, die in Bezug auf Kohlen und ausfuhr besonders schmerzhaften Auswirkungen des deutschen Valutaschwundes einigermaßen zu paralysieren. Selbstverständlich wird nur dann, wenn die volkswirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands sich bessern, den Weichen günstig abgelenkt sein. Zu diesem Zwecke ist notwendig die Heranziehung der Besizenden zur Bezahlung der deutschen Verpflichtungen!

Hilfe den Arbeitslosen

Forderungen der Berliner Gewerkschaftskommission und des Berliner AFA-Bundes

In der Sitzung der freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter am 23. November gab der Kollege Siegle als Vertreter der Gewerkschaftskommission u. a. einen Bericht über die Anträge der Gewerkschaftskommission auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Gewährung einer Sonderbeihilfe. Wohl ist in letzter Zeit die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen, aber die Statistik gibt doch kein genaues Bild vom Stande der eigentlichen Arbeitslosigkeit. Die Abnahme bezieht sich im wesentlichen auf gekürzte Arbeitskräfte. Um so mehr ist es daher notwendig, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie auszureichen zu unterstützen, die weiter von dem harten, drückenden Los der Arbeitslosigkeit unverschont betroffen werden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und das AFA-Ortsorgan verfolgen mit aufmerksamem Auge die Vorgänge in der Arbeitslosenbewegung. In Groß-Berlin mit seiner proportional höchsten Zahl der Arbeitslosen (gegenwärtig etwa 70 000) machen sich die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit mit ihren geradezu verheerenden Begleiterscheinungen am meisten spürbar. An eine Besserung der Lage haben daher die gewerkschaftlichen Organisationen ein ernstliches Interesse.

Am 12. November ist dem Reichsarbeitsminister ein Antrag unterbreitet worden, dasdemöglichst eine

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

die der gegenwärtig anhaftenden Teuerung entsprechen, eintreten zu lassen. Infolge der dauernden rapiden Steigerung der gesamten Kosten für die Lebenshaltung ist von einer bestimmten Summe abgesehen worden. Den Arbeitslosen muß eine Unterstützung gewährt werden, die den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. Mit dieser Eingabe befindet sich die Gewerkschaftskommission in Uebereinstimmung mit den Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vom 13. Oktober.

Neben der als selbstverständlich zu betrachtenden Erhöhung der Unterstützungssätze wird die Bereitstellung von Mitteln für die Auszahlung einer Sonderbeihilfe vor Weihnachten an langjährig Erwerbslose gefordert, wobei nach folgenden Gesichtspunkten verfahren werden soll:

Arbeitslose erhalten: 1. nach 6wöchiger Arbeitslosigkeit den einfachen, 2. nach 12wöchiger Arbeitslosigkeit den doppelten, 3. nach 18wöchiger Arbeitslosigkeit den dreifachen, 4. nach 24wöchiger Arbeitslosigkeit den vierfachen Betrag der laufenden Erwerbslosenunterstützung einschließlich der familienspezifischen als Sonderbeihilfe. Als Stichtag ist der 10. Dezember bezeichnet worden. Die Gewerkschaftskommission hat sich dem Ministerium gegenüber zu weiteren mündlichen Verhandlungen bereit erklärt und wird mit allem Nachdruck die Forderungen vertreten.

Dem Finanzministerium, dem preussischen Wohlfahrtsministerium und dem Berliner Magistrat sind diese Eingaben gleichfalls zugestellt worden.

Die beiden sozialistischen Fraktionen

sind in Anbetracht der Dringlichkeit dieser Angelegenheit gebeten worden, gemeinsam anträge zu stellen, die sich im Sinne der Forderungen bewegen. Wir zweifeln nicht, daß die beiden Fraktionen alles in dieser Angelegenheit tun werden, wie sie sich ja auch im Sommer diese Forderungen des A. D. G. P. gemeinsam zu eigen machten.

Die „rote Fahne“ kann sich ihren Kräfte erhalten. Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien spannen die Arbeitslosen nicht als Puffer vor den politischen Karren, sondern bemühen sich unablässig, ihre entsehrliche Lage zu mildern. Der Bericht fand die Zustimmung der freigewerkschaftlichen Erwerbslosenvertreter.

In den weiteren Verhandlungen wurden gegenseitig Erfahrungen und Anregungen ausgetauscht. Auch auf die Verfügung der Deputation für Arbeit und Gewerbe, Abt. Erwerbslosenfürsorge, vom 17. November betr. Weihnachtsbeihilfe für Minderbemittelte wurde hingewiesen. Diese Weihnachtsbeihilfe können neben allen Erwerbslosen auch minderbemittelte Personen beanspruchen, die

Gewerkschaftliches

Entlassungen bei den Versorgungsbehörden

Vom Beginn des Rechnungsjahres 1921 ab wurden bei den Versorgungsbehörden Wartegeld-Empfänger in Mengen eingestellt gleich, ob die Betroffenen für die schwierigen Aufgaben geeignet waren oder nicht. So wurden überwiegend: Waffenschmied, Waffentechniker, Rüstler und ähnliche Beamte. Da der für diesen Zweck vom Reichstag bewilligte Fonds bald aufgebraucht war, ordnete das Reichsarbeitsministerium an, daß die weiteren Zahlungen aus dem Fonds für Angestellte genommen werden sollen. Würde es sich lediglich um die Gehaltsfrage handeln, wäre die Differenz nicht allzu groß; da aber auch die Tagegelde für doppelte Haushaltsführung (wobei bei diesen Wartegeld-Empfängern wie auch bei Zivilärzten aus diesem Fonds genommen werden sind die Mehrausgaben zu einer bedeutenden Höhe angewachsen. Die Summen des Etatstittels für Angestellte selbst sind aufgestellt nach dem Stand vom 1. Mai 1921, wobei vom Reichsarbeitsministerium gänzlich außer acht gelassen wurde, daß durch die meisten aber vom 1. Juli d. Js. ab einsehenden endgültigen Entlassungen der Tarifinstanzen über die Eingruppierung in den Reichsstelltarifvertrag durch höhere Eingruppierungen als von den Behörden vorgelesen, wesentliche Mehrausgaben entstehen müßten. Ohne sich mit den Betriebsräten gemäß § 74 des Betriebsvertragsrechtes rechtzeitig in Verbindung zu setzen, sind nun in den Bezirken der einzelnen Hauptversorgungsämter umfangreiche Kündigungen ausgesprochen worden, z. B.: im Hauptversorgungsamt Magdeburg 92 Kündigungen, im Hauptversorgungsamt Nürnberg 200 Kündigungen. Bei letzterem Amt, bei dem allerdings außerordentlich viel Wartegeldempfänger zur Einstellung gelangten, soll die Entlassung von 500 Angestellten, das sind zwei Drittel des gesamten Bestandes, notwendig sein.

Werden diese Entlassungen durchgeführt, so droht der Zusammenbruch des gesamten Versorgungswesens. Es liegt zur Zeit derartig viel Arbeit vor, daß die Direktoren der einzelnen Versorgungsämter mit dem zur Zeit vorhandenen Personal überhaupt nicht auskommen, durch das Reichsarbeitsministerium aber gehindert werden, mehr Angestellte zu beschäftigen. Die Um- anerkennungen nach dem Reichs-Versorgungs-Gesetz sind erst in Angriff genommen, ein Abschluß derselben ist erst in zwei bis drei Jahren zu erwarten. Durch die Entlassungen wird aber diese Zeit noch weit überschritten werden.

Der Zentralverband der Angestellten hat deshalb gegen die Entlassungen beim Reichsarbeitsministerium Protest eingelegt und alle Schritte unternommen um eine Weiterbeschäftigung des bisherigen Personals mindestens zu erreichen. Aus- kunft erteilen die Geschäftsstellen des Zentralverbandes der Angestellten in den einzelnen Orten.

U.S.P. Straßenbahner

Montag, 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Saal 1, Volksversammlung aller Groß-Berliner U.S.P. Straßenbahner. Tagesordnung: Die Politische Lage und die Aufgaben des Parteitages in Leipzig. Referent: Genosse Kellie. Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Bahnbewegung der Spritreinigungsarbeiter. Zwischen dem Arbeitgeberverband der Getreideindustrie Groß-Berlins und dem Verband der Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter und verwandten Berufsgruppen, Ortsverwaltung Berlin, besteht für die in den Betrieben der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein Berlin ein verträgliches Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1921. Die Forderung veranlaßt den Verband, für eine Erhöhung der Löhne noch vor Ablauf des Vertrages einzutreten. In einer Versammlung berichtete nun Schmitz über

das Ergebnis. Demnach sollen die Löhne jetzt für gefasste Te- leitnehmer die Woche 500 M. für ungelernte 400 M. und für Frauen 370 M. betragen. Nach lebhafter und manchmal erregter Diskussion wurde gegen wenige Stimmen dem gezeigten Ab- kommen zugestimmt. Die Organisation wurde weiter beauftragt, das Lohnabkommen zum 31. Dezember sofort zu kündigen.

Sperrte. Ueber die Firma Ebernickel, Admiralsstr. 18 d (Teppichflechterei) ist die Sperrte verhängt. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder, da der Unternehmer schon voriges Jahr die tariflichen Zuschläge nicht zahlte. Auch jetzt glaubt die Firma die letzten tariflichen Zuschläge nicht anerkennen zu brauchen. Wir ersuchen Arbeit dort nicht anzunehmen. Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Porzellanverlegerverband.

Streiks im Reich. Zuspitzung des Streiks auf der Germania- werft. Der Streik auf der Germania-Werft hat sich erheblich ver- schärft. Die Direktion macht die Wiedereinstellung der Streikenden von Bedingungen abhängig, die von den Arbeitern abgelehnt werden. Auch hat die Direktion es sich vorbehalten, Arbeiter die ausbleibend wirken, nicht wieder einzustellen. Weiter wird ein Rauchverbot für das ganze Gebiet der Werft angehängt. In den Kraftwerken Romburg der Allengesehäftlich-Poly- merwerke traten vorgestern mittags die Arbeiter in den Streik. Der größte Teil der Pflanz- und elektrischen Strom wo durch die von der Stromleitung größtenteils abhängige In- dustrie, der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen und der Betrieb der Rhein-Haard-Bahn vollständig ruht. Durch eine teil- weise Stromzuführung von Mannheim kann der Straßenbahn- betrieb von Mannheim nach Ludwigshafen, Hauptbahnhof, auf- rechterhalten werden.

Kämpfe in Italien. Aus Mailand wird gemeldet, daß der seit 84 Tagen durchgeführte Textilarbeiterstreik trotz der gezeigten Verhandlungen mit den Industriellen abgebrochen wurde. Die Streikleitung forderte die Arbeiter auf, wieder in die Be- triebe zu gehen, ohne daß ein Abkommen mit den Industriellen getroffen worden ist.



Welche von den vielen?

Wenn ein verwöhnter Zigarettenraucher alle Marken ausprobieren wollte, würde er Monate dazu brauchen, es sei denn, ein glücklicher Zufall spielt ihm von vornherein die gute Massary-Zigarette in den Mund. Bei der bleibt er!

MASSARY-CLASSE 50's

Theater u. Vergnügungen

Volkshöhne
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Abend 8 Uhr:
Die Wildente

Staatstheater
8 Uhr: Verlobungsbuch
9 Uhr: Einmal um die Welt
10 Uhr: Der Gast

Mag Reinhardt
8 1/2 Uhr: Louis Ferdinand
9 1/2 Uhr: Der Herr von Brühl

Stammerplele
8 1/2 Uhr: Der Hüter

Großes Schauspielhaus
8 1/2 Uhr: Der Verlobte

Theater i. d. Königsgraben
8 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

Berliner Theater
Abend 7 30 Uhr:

Prinzessin Olala
Abend 7 30 Uhr:

Komische Oper
7 1/2, abendlich 7 1/2:
Die große Anstaltungs-Operette Revue Der Herr der Welt

Walther-Theater
Täglich 7 30 Uhr:
Nixchen

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2 Uhr:
Das weiße Land

Apollotheater
Friedrichstraße 29:
Unter persönlicher Leitung d. Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Musiktheater

Ein Versuch überzeugt

bei Stoff nicht nur ein Mittel zum Sparen, sondern auch derartig schnell und bequem. Er ist das beste experimentelle Stoffgewebe. Gut und billig.

10-Ordnung (688) - 120. Zahl 10 7121
Ordnung in Berlin, Ortsteil Tempelhof

Casino-Theater

Der Weg zum Glück
Täglich 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2 Uhr:
Waldhalla-Theater
Jung muß man sein
Theater des Ostens
Fidèle Brüder
Theater a. Kottbuser Tor
Täglich 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2 Uhr:
Elin Säger
Struwwelpeter
Waldhalla-Theater
Täglich 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2 Uhr:
Waldhalla-Theater

Pfandscheine, Brillanten Gold, Silber (Bruch) Platin, Zahngelisse

Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln von ausl. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Damenmäntel

Einzerverkauf zu Engros-Preisen
Eigene Herstellung - Kein Zwischenhandel
Beste Verarbeitung

Flanellmäntel reine Wolle 550-750
Woppenmäntel reine Stoffe 650-775

Hugo Sommerfeldt
Niederwallstr. 22, Hof part. rechts

Teilzahlung

Grammophon Lauten Mandoline Gitarren
Schmidt
Petersburger Str. 23 1.

Soeben erschienen!

PROLETARISCHE JUGEND
KAMPFUNG
REALISTISCHER
JUGENDSCHRIFTEN

Heft 6
Gg. Engelbert Graf:
Von Moses bis Darwin
Preis 3.00 Mark

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 58
Nach in den
Jahres der „Freiheit“ erhältlich

Kapitän Rautab

einmal gepreßt - immer geliebt. Fein, Geschmack, Preis reich. Zu kaufen in den
Nagelgeschäft u. Neu
Verkauft werden einzeln
Generalvertrieb E. Wölke,
Berlin, Pflanzberger Str. 22 (Tel. 1. 5661)

Garderobe

auf bequemste
Teilzahlung
bei billigster Preisberechnung

HERREN-DAMEN-
Anzüge Cutaways, Paletots, Kostüme
Paletots, Ullster Röcke, Kleider
REGENMÄNTEL
BURSCHEN-ANZÜGE

Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Bekanntmachung

Die Firma W. Witsch & Co., Berlin, Kottbuser Str. 1, hat die nachträgliche Genehmigung für die auf dem Grundstück Hauptstr. 5 in Berlin-Neukölln errichtete Zementfabrik beantragt.

Einmalige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtschreiber binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung aber zu Protokoll einzubringen. Nach Ablauf dieser Zeit können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Befreiung und Ermäßigung der ge- wöhnlichen Abgabe liegen in unserem Bureau, Pflanz- berger Str. 44, Zimmer Nr. 4, an den Geschäftszeiten, in der Zeit von 9-12 Uhr, während der oben bezeichneten Zeit zur Ansicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig ein- gebrachten Einwendungen wird am unteren Kom- missar, Stadtschreiber Weigel, am Donnerstag, den 16. Dezember 1921, vormittags 11 Uhr, in un- serem Bureau ein Termin anberaumt, zu dem die Interessierten sowie die Behördenvertreter unter der Aufsicht des Stadtschreibers mit der Erläuterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin-Neukölln, den 23. November 1921.
Stadtschreiber Berlin, Abteilung V,
J. G. Dr. Gresselt.

Möbel

Carl M. Tetzph und
kulante Bedingungen
Bürgerliche
Wohnungseinrichtung
Webstühle / Schreibstühle
Spezialstuhl / Gartensessel
Bunte Küchen
Einzeln Möbel
Liefere auch nach ausw.
Lagerung kostenlos

Möbel-Cohn
Dr. Brandenburger Str. 58
5. u. 6. Alexanderstr.
Wilm. u. W. Brandenb.

Botenfrauen

sofort gesucht

Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Expedition Pachmann
Stargarder Straße 13
Expedition Wengels
D, Cadiner Straße 11
Friedrichsberger Str., Bruchstr., Liebigstr.

Neue Haut

erschall man
schmerzlos,
unmerklich
für die Um-
gebung

durch die echte Vater-Philipp-Schäfer & Co.
im Totogen-Laboratorium, Dresden-Schönewitz
147, schließt Pichel, Miltner Sommerzoochemie, Haut-
reinigungsmittel usw. ab, läßt sonstige junge Haut
zum Vorschein kommen. Erhältlich in Defanten-
apotheken, Leipziger Straße, und Drogerien Bestian-
straße 2, Fehmannstraße 3, Reinickendorfer Straße
119, Charlottenstraße 76, Pankow, Prinzstraße 6.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berlin N 54, Pflanzstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714

Sonntag, den 27. November, vorm. 10 Uhr,
in „Schulz-Veranstaltungen“, Köpenicker Str. 2
am Kollenderplatz

Branchen-Versammlung

der Kesselschmiede und Helfer
u. der dazu gehörenden Berufe

Tagesordnung:
1. Wichtige Branchenangelegenheiten.
2. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung werden die Kollegen der
Kesselschmiede, Kesselschmiede, sowie Ornstein &
Toppel (je nach Einladung).

Sonntag, den 27. November, vorm. 10 Uhr,
im Lokal von Hiebemann, Neue Jakobstraße 14

Branchen-Versammlung

der Autogen- und Elektro-Schweißer

Tagesordnung:
1. Verband- und Branchenangelegenheiten
2. Verschiedenes

Montag, den 28. November, abends 8 Uhr,
im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 14
Gde. Pflanzstraße

Branchen-Versammlung

der Emailer und verwandten
Berufe

Tagesordnung:
1. Bericht über unsere wirtschaftliche Lage,
2. Wünsche über unsere Lohnfrage,
3. Branchenangelegenheiten. - 4. Verschiedenes.

Uchtung! Funktionäre! Uchtung!

Montag, den 28. November, abends 7 Uhr,
im „Koncert-Etablissement Friedrichshagen“,
Am Friedrichshagen 16-23 (am Ringtor)

Allgem. Funktionärerversammlung

der dem Metall-Partei
angeschlossenen Gewerkschaften

Tagesordnung:
Die Kündigung des Tarifvertrages und das
Metall-Partei

Die Funktionäre und Mitgliederversammlung
des Metall-Partei angegliederten Gewerkschaften
legitimieren.
Die Ortsverwaltung.

Kleide Dich billig, elegant! Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,

im Leihhaus Moritzplatz 58a.

neils auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -mäntel, Wäsche, Teppiche, etc. etc.
billig! Pelzwaren: Kreuzbüsche 300, Zobelbüsche 400 blau-, silber-, schnee-, sturk-, wite,
Luchas, Spornpelze 500 Gehpelle 1500, Pelzmäntel 3-00
Keine Lombardwaren.

Bücher- und Bilderausstellung der Freiheit-Buchhandlung / Breite Str. 8-9

Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends
(An Sonntagen geschlossen)

Die Geheimnisse der Schloßkaserne

Sonderbare Vaterlandsretter / Die Verdunklungsgefahr wächst

In der Verhandlung am gestrigen Freitag wegen des Mordes an dem Schupowachtmesser Buchholz wurde in der Beweisaufnahme fortgefahren. Der Zeuge Leutnant Wildpöner, an den die Pistole, mit der Buchholz erschossen worden ist, ausgegeben war, gibt an, daß ihm die Pistole bei einem Umzuge in der Schloßkaserne abhanden gekommen sei. Der Zeuge Regierungsrat Moser vom Polizeipräsidium sagt aus, daß die Hundertschaft z. B. während der Märzferien vor besonders schwierige Aufgaben gestellt worden sei. Die Hundertschaft habe mit außerordentlicher Schamlosigkeit und ohne Reibungen die gestellten Aufgaben gelöst. — **Vorzuhenden:** Die Hundertschaft ist doch in den letzten Tagen aufgelöst worden? — Zeuge: Davon ist mir nichts Genaues bekannt. Verteidiger Dr. Hasberg: Wenn die Hundertschaft in gewissen politischen Kreisen mißliebig geworden ist, ist dies nicht dadurch zu erklären, daß sie zur Unterdrückung von Unruhen herangezogen wurde? Zeuge: Zweifellos stand die Hundertschaft in dem Rufe,

eine sehr rechtsgerichtete Hundertschaft

zu sein. Selbstverständlich machte sie sich auch dadurch mißliebig, weil sie zur Lösung besonders schwieriger Aufgaben herangezogen wurde.

Zeuge Geheimrat Brichdors, ehemals Inspektor der Schutzpolizei: Die Hundertschaft z. B. war mir besonders ans Herz gewachsen. Früh letzte die Heine gegen die Hundertschaft ein. Der Angeklagte Meyer ist zweifellos

eine Art Landsknechtsnatur,

ist aber befecht von glühender Vaterlandsliebe. Das Schlagwort, daß die Hundertschaft reaktionär sei, muß weit zurückgewiesen werden, denn sie kennt nur eine Aufgabe, das Vaterland zu schützen. Als reaktionär wird jeder bezeichnet, der für Ruhe und Ordnung eintritt. Den beiden Angeklagten traue ich einen feigen Rord nicht zu.

Staatsanwalt: Sie sagen, daß Meyer eine Art Landsknechtsnatur sei. Ist Ihnen bekannt, daß Meyer wegen schwerer Mißhandlung eines Arrestanten zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist? — Zeuge: Das habe ich gehört, das habe ich gelesen! Meines Erachtens liegt eine Affektbehandlung vor. Als der Zeuge von der Verteidigung über die Aufgaben der Hundertschaft z. B. B. gefragt wird, erklärt er, daß die Hundertschaft eine Art Reserve gewesen sei. Wenn es irgendwo gebraucht hätte, würde sie gerufen, und sie habe Großartiges geleistet. Die Minister Heine und Covering haben die Hundertschaft stets sehr günstig beurteilt.

Major Hallendorf sagt aus, daß er an Stelle des vom Dienst suspendierten Hauptmann Stennes die Hundertschaft übernommen habe und ihre Auflösung leite. Der Zeuge hat den Eindruck, daß die Hundertschaft durch die Presse in einen Ruf gekommen sei, den sie nicht verdiene. — Verteidiger Dr. Hasberg: Die Auflösung der Hundertschaft bedeutet also gewissermaßen eine politische Konzeßion? — Zeuge: Jawohl. — **Vorzuhenden:** Wann erhielten Sie den Auftrag, die Hundertschaft aufzulösen? — Zeuge: Vor acht Tagen.

Auf direkte Frage des Staatsanwalts an weheimat Brichdors, was er von Hauptmann Stennes halte, erklärt dieser, daß Hauptmann Stennes eine der wenigen Naturen sei, die man heute noch als Charakter bezeichnen könne. Er kenne nur ein Ziel, die

Wiedergeburt unseres Vaterlandes.

Unter allgemeiner Spannung wird nunmehr der Zeuge Wilhelm Löhr vernommen. Er bekennt, daß er durch einen Leutnant a. D. Droße mit einem gewissen Leutnant Franke bekannt geworden sei, der ihm Kriegsmaterial zum Kauf angeboten habe. Als eines Tages Droße den angeblichen Franke mit Helbing angedeutet habe, sei er stuhlgeworden, und Droße hätte ihm dann erzählt, daß Franke in Wirklichkeit Helbing heiße. Helbing gehöre zur Hundertschaft z. B. B. und sei zufällig dazu gekommen, als der Wachmeister Buchholz erschossen wurde. Deshalb müsse jetzt Helbing verschwinden, denn sonst gehe es ihm selbst an den Kraken. Der Zeuge sagt weiter aus, daß Franke-Helbing später zu ihm gekommen sei, um Geld zu borgen, da er wegen des Buchholz-Prozesses verschwinden müsse, um nicht als Zeuge gefaßt zu werden. Helbing erzählte dem Zeugen, daß er auf dem Bureau gewesen sei, als der tödliche Schuß auf Buchholz fiel. Er habe dann von Hauptmann Stennes Geld bekommen und müßte flüchten.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Ferk. Copyright 1921 by Greifelt & Co. G. m. b. H., Leipzig.

„Nein, nein! Mit dem Mut war das nicht so, wie man es sich einbildete und wie man es in den Handbüchern der Vaterlandsiebe noch heute nachlesen kann. Auf beiden Seiten hatte man entsehlige Furcht, einer vor dem anderen. Das muß eingestanden, das muß immer wiederholt werden! Den kriegerischen Mut in Verruf bringen: das ist ein Mittel, um der Kriegswut, die trotz alledem noch in den Köpfen spukt, den Garaus zu machen. Wenn man einmal so weit sein wird, die bunt ausgestatteten Helmen als törichte Waghäufse zu erkennen, wenn man den Krieg in seiner wahren Gestalt sehen wird, dann wird man auch imstande sein, die Kriegsheter zur Vernunft zu bringen. Dann werden die Massen auch nicht mehr in eine eingebildete Begeisterung ausbrechen. Sie werden den Mut anders auffassen als die Herren Zeichner und Dichter. Diese Eigenschaft wird ihnen minder schön erscheinen, aber sie werden sie gerechter beurteilen. Und die Schlachtenbilder werden endlich in ihrer ganzen Keßtheit wirken, sobald die Mäler neben den blühenden Säbeln und dem Rausche der Kanonaden auch ein paar tausend vor Furcht befeuchteter Helmen nicht vergessen werden.“

Der Major erhob sich endlich: „Herr Real, ich bin bestürzt, Sie so lange aufgehalten zu haben.“

Real erwiderte in höflichen Worten und geleitete ihn bis zur Tür.

Als er zurückkam, sagte er zu Yvonne: „Sonderbare Dinge haben wir da gehört.“ „Ja, sonderbare und erschreckliche.“ „Wieso denn?“

„Weil das alles so ganz dem widerspricht, was man sich immer vorgestellt hat. Trotz alledem habe ich die Aufrichtigkeit dieses Mannes gefühlt und selbst die Wahrheit in seinen Berichten.“

Er befragte sie mit einem Blick.

„Ich bin so erregt,“ gestand sie, „ich weiß gar nicht...“

„Ich hatte mich so ganz an den Gedanken vom Helmenmut im Kriege gewöhnt... Dieser Gedanke ist mir nun von einem

Helbing soll wörtlich gesagt haben, wenn ich nach der Ermordung Buchholz' nicht nach Oberschlesien geflüchtet wäre, wäre ich um die Ecke gebracht worden. Helbing habe weiter erzählt, daß er vor Erledigung des Prozesses nicht nach Berlin kommen dürfe. Der wirkliche Täter sei ein Avantagieur oder Fährlich. Der Mörder habe die Tür zum Zimmer des Buchholz aufgemacht, Buchholz niedergeschossen und die Pistole neben die Leiche gelegt. Der Name des Täters sei ein kurzer ablicher Name. Des weiteren habe Helbing drei verschiedene Pässe mit teilweisen italienischen und französischen Beurteilungen ihm, dem Zeugen Löhr, gezeigt. Mit einem Schlächtermeister aus Oberschlesien sei Helbing nach Breslau gefahren und wohne jetzt bei seiner Frau in der Bischofsstraße 1.

Der Zeuge Architekt Droße bekennt, daß Helbing Baptiste auf den Namen Franke hatte und damit gepöhl habe, daß er auf dem Zimmer gewesen sei, als Buchholz erschossen wurde.

Nach der Mittagspause sagt der Zeuge Seidler, Schneider bei der Hundertschaft, aus, daß der erschossene Buchholz ihm noch am Tage vor seinem Tode seine Anzüge zum Ausbügeln gegeben habe. Eine Veränderung im Wesen des Ermordeten habe er nicht feststellen können, so daß er, als er vom Tode des Buchholz hörte, die Empfindung hatte, daß Buchholz

seinen Selbstmord begangen

habe. Der Schuhmacher Langhammer und der Schneidergehilfe Wende bestätigen die Aussagen des Zeugen Seidler.

Anschließend werden die beiden Weinmachersfrauen, Fräulein Kaufmann und ihre Schwester v. Orzileki, vernommen. Die Zeugin Kaufmann sagt aus, daß zur Zeit der Ermordung des Wachmeisters Buchholz sie von dem Angeklagten Meyer auf dessen Stube zu einem Sämanns eingeladen wurde. Frau Orzileki gibt an, der ermordete Buchholz habe unmittelbar vor seiner Ermordung sich mit ihr unterhalten und sie gebeten, ihm eine möblierte Wohnung zu beschaffen. Außerdem hatte sich Buchholz kurz vor seiner Ermordung in der Küche Stullen fertig machen lassen.

Nunmehr erfolgt die Vernehmung der 23jährigen Frau Buchholz, Witwe des Getöteten. Ihr Gatte sei ein verschlossener, aber sehr gutmütiger Mann gewesen, leider kein großer Menschenkenner. Niemand habe ihr Mann Selbstmordgedanken geäußert, und als er bezichtigt wurde, Untersuchungen bezogen zu haben, habe er ihr erklärt, daß er nach bestem Gewissen die Buchungen vorgenommen habe. Er solle wohl für die Sünden anderer büßen. Er werde

jedoch den Spieß umdrehen.

Nach den Angaben ihres Mannes seien Spitzelgelder unter Beschleßung gebracht worden. Diese Beschleßung habe Hauptmann Stennes später vernichten lassen. Nachdem Buchholz aus der Untersuchungshaft entlassen war, war die Zeugin mit ihrem Gatten zusammen bei der Staatsanwaltschaft, um diese auf die bestehende Verdunklungsgefahr aufmerksam zu machen. Buchholz habe außerdem ihr gegenüber erklärt, daß er alles schriftlich niedergelegt würde im Falle seiner Mundstummung. Ihrem Mann wurden 100 000 M. Einweggeld angeboten, wenn er auslagern würde, daß er eine Festschuldung sich hätte zuschulden kommen lassen.

Diese Aussage der Zeugin verurteilte Leutnant Mallwig zu entkräften. Er behauptete, daß die Zeugin nicht auf ihn den Eindruck einer trauernden Witwe gemacht habe, was die Zeugin zu der schlagfertigen Antwort veranlaßte, daß es hier nicht gelte, trauernde Witwe zu spielen, sondern durchzuhalten. Der Zeuge, Leutnant Mallwig, sagt weiter aus, daß der angebliche Wachmeister Helbing zur Zeit des Todesfalles Buchholz nicht mehr bei der Hundertschaft gewesen wäre. Helbing sei Anfangs Juni beurlaubt und Ende Juni entlassen worden. Helbing habe er nicht mehr in der Kaserne gesehen. Als der Vorstehende die Zeugin Frau Buchholz fragt, ob sie Helbing kenne, erklärt sie, daß sie sich drei Tage nach der Ermordung ihres Gatten mit Helbing im Kasermentalino unterhalten habe. Helbing habe zu ihr gesagt, daß ihm der Boden unter den Füßen zu heiß würde und er deshalb weg müsse, wenn er nicht auch eine Angel abbekommen wolle. Er wisse ganz genau, was in der Hundertschaft gespielt würde und wie die Kasse laufe. Frau Buchholz erklärt zum Schluß, daß Oberwachmeister Kirchhof zu ihr gesagt habe, daß Hauptmann Stennes in der Kantine erklärt hätte, daß wenn er gewußt hätte, daß sich die Sache so entwickelt, er schon früher Schluß gemacht hätte.

Die Verhandlung wurde alsdann auf heute vertagt.

Der Lohnkampf der städtischen Arbeiter

Der gegenwärtige Stand der Bewegung.

Im Magistrats-Rathsaal begannen gestern vormittag die Verhandlungen zwischen der Magistratskommission für Arbeiterfragen und dem freigewerkschaftlichen Lohnkartell über den achten Lohnkartell.

Die Mitglieder des Lohnkartells begründeten eingehend die Notwendigkeit einer Erhöhung der Lohnsätze in dem geforderten Maße von 3,50 Mark auf die zur Zeit bestehenden Tarifsätze. Der Magistrat erklärte demgegenüber, daß er mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt über die Sätze, die das Reich zahlt, nicht hinausgehen könne. Der Magistrat machte einen Gegenvorschlag, der für ungelernete Arbeiter eine Erhöhung von 1,50 Mark die Stunde, für angelernte Arbeiter 1,60 Mark, für Handwerker 1,80 Mark vorsieht und daneben eine Erhöhung der Kinderzulage auf 80 Pfa.

Das Lohnkartell lehnte diesen Magistratsvorschlag ab und verlangte, daß sich der Magistrat in seiner nächsten Sitzung (die heute, Sonnabend, stattfindet) nochmals mit der Frage befaße, und dem Lohnkartell umgehend seine endgültige Entscheidung mitteilen soll. Sollte der Beschluß des Magistrats den Forderungen der Arbeiterschaft nicht entsprechen, so werden von der städtischen Arbeiterschaft diejenigen Wege beschritten werden, die in der Funktionärerversammlung beschlossen sind.

Zunächst würde das Lohnkartell das Schiedsgericht Groß-Berlin anrufen, das bis spätestens zum Dienstag seine Entscheidung gefaßt haben müßte. Es würde dann am Mittwochabend eine Funktionärerversammlung durch das Lohnkartell einberufen werden, in der die Entscheidung des Schiedsgerichts mitgeteilt werden würde. Wie wir erfahren, werden die Vertreter der Organisationen der städtischen Arbeiter eine Urabstimmung in den Betrieben (über Annahme des zu stützenden Schiedspruches oder den Eintritt in den Streik) empfehlen.

Magistrat und Angestellte

Vor einer Entspannung der Lage?

Wie wir im gestrigen Abendblatt bereits mitgeteilt haben, kommt es in dem Konflikt zwischen Magistrat und städtischen Angestellten auf die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter an. Wie wir nun zu dieser Angelegenheit erfahren, wird der Stadtverordnete Franz Krüger an den Oberbürgermeister Boßch einen vermittelnden Antrag richten, der heute vormittag in der Magistratsversammlung verhandelt werden soll. Durch Annahme dieses Antrags soll sich der Magistrat bereit erklären, die Herabsetzung des Befoldungsdienstalters auf das 21. Lebensjahr mit Rückwirkung vom 1. Oktober anzuerkennen. Wenn die Vertreter der S. P. D. im Magistrat diesem Antrag zustimmen, so dürfte eine wesentliche Entspannung der Lage eintreten. Die Entscheidung des Magistrats wird heute nachmittags 1/4 Uhr in einer Funktionärerversammlung der städtischen Angestellten bekanntgegeben werden, in der dann zugleich die nächsten Schritte — je nach der Stellung des Magistrats — beschlossen werden sollen.

Es scheint uns nun wirklich die allerhöchste Zeit, daß der Magistrat seinen Standpunkt aufgibt und an seinem Teile den Angestellten die Zugeständnisse macht, die sie mit Recht fordern.

Die Schulgeldfrage

Ein Antrag der Reichsfraktion der U. S. P.

Die Fraktion der U. S. P. hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die von der früheren Stadtverordnetenversammlung im Juni gefassten Beschlüsse über Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen und Ermäßigung des Schulgeldes bis zur Schulgeldbefreiung nach dem Gesamteinkommen der Eltern und der Zahl der Kinder bilden eine innere Einheit in dem Sinne, daß der erste Beschluß durch den zweiten bedingt wird. Der Magistrat wird daher aufgefordert, unverzüglich die von der Schuldeputation beschlossenen Grundsätze zur Ausführung zu bringen und bis dahin jede zwangsweise Eintreibung des erhöhten Schulgeldes zu unterlassen.“

Menschen, der es unbedingt verstehen muß, genommen. Ich verfluche den Boden unter den Füßen.“

Sie war so bekümmert und dabei so niedlich, daß sie Real leid tat. Er versetzte:

„Das alles beweist eben, daß der Krieg ein unsauberes Geschäft ist und daß jedes deut- und schreibfähige Wesen jeden Krieg aufs äußerste verächtlich machen muß.“

„Jeden Krieg bis auf einen...“

„Welchen?“

„Wir kennen jetzt die Schrecken des Krieges. Aber es gibt etwas, was noch unerträglicher ist: seine Freiheit verlieren und den Fremden im Lande haben. Der Krieg ist das einzige Mittel, dieses Unglück zu vermeiden, man muß sich also mit dem Krieg abfinden.“

Sie war voll Schmerz und Jorn. Ihre klammenden Augen, ihre gesuchten Brauen machten ihr Gesicht so schön, daß Real nicht an Widerspruch dachte.

„Ganz gewiß“, sagte er.

12

Morgenpost.

Der Aufsatz über die Kriegstrümpel war in der „Neuen Fackel“ erschienen, einer fortschrittlichen Zeitschrift, von der Real zur Mitarbeit aufgefordert worden war.

Real zeigte ihn eines Morgens seiner Sekretärin und sagte:

„Ich habe schon einige rührende Briefe bekommen. Die jungen Leute sehen doch mehr unter dem Eindruck des Krieges, als ich dachte. Das wird ein prächtiges kriegerisches Geschlecht geben. Hier habe ich einige Briefe für Sie beiseite gelegt.“

Sie las nun den begeistertsten Brief einer Dame, die für den herrlichen Artikel dankte und eine große Randgebung der führenden Geister gegen die Grauel des Krieges und für die Wiederherstellung der Brüderlichkeit zwischen den Völkern forderte. Real hielt die Schreiberin für ein schon altes Mitglied einiger jener Hände, die sich ohne besonderen Erfolg mit der feierlichen Ueberreicherung menschenfreundlicher Entschlüsse an die beteiligten Ministerien befaßen.

Hier ist auch eine Zeile von Walter Jacobi,“ erzählte Real weiter, „und diese Zeile macht mir viel Freude. Jacobi ist ein erlebter Geist. Aber leider ist er nicht unabhängig. Er muß sich seinen Lebensunterhalt verdienen, und die einzigen Zeitungen, die zahlen, sind solche, in denen selbständig denkende Menschen ihre Gedanken nicht aussprechen dürfen, es sei denn, sie sind verteuft geschickt. Schon sein Gläu-

wunsch ist ein Zeichen von Mut. Die Menschen haben im allgemeinen eine solche Scheu, sich bloßzustellen...“

Lächelnd zeigte er ihr einen dritten Brief:

„Können Sie mal den.“

Der Briefschreiber stellte sich als alter Oberleutnant vor und sprach, übrigens durchaus würdig im Ton, sein Bedauern über die von Real verbreiteten Ansichten aus, erinnerte ihn an die Verantwortlichkeit seines großen Namens und an seinen Einfluß auf die Jugend und pries in der herkömmlichen Weise die veredelnde Wirkung des Kampfes und das erhebende Gefühl des Sieges. Der Brief war unterzeichnet: „Ein bekümmertes Vater.“

„Warum nennt er seinen Namen nicht?“ fragte Yvonne.

„Die bekümmerten Väter,“ erwiderte Real, „hüllen sich gewöhnlich in anonyme Trauer.“

Er ergänzte:

„Ich habe noch andere Zuschriften bekommen, aber ich zeige sie Ihnen nicht.“

„Warum nicht?“

„Es sind Kumpelen. Und hier schließlich...“

Er unterbrach sich nachdenklich, dann fuhr er fort:

„Es sind ein paar Zeilen eines Jugendfreundes, den Sie gewiß einmal bei uns kennen lernen werden, Maxime Dupont. Er widerlegt mich ganz vernünftig. Er macht mir den Vorwurf, daß ich zu weit nach links abgerückt bin.“

„Zu weit nach links?“

„Verzeihen Sie, ich habe mich falsch ausgedrückt. Es handelt sich um meine Wahl in die Akademie. Sie wissen, es gibt in dieser Körperschaft genau wie im Parlament eine Rechte, eine Linke und ein Zentrum. Nun, wenn ich mich zu äußere, wie ich das getan habe, entfremde ich mir die Akademiker, die so denken wie „der betäubte Vater“ und die mir doch gewogen geblieben wären, wenn ich auch weiterhin harmlos meines Zeug veröffentlicht hätte. Und Dupont ist nicht der einzige, der mich warnt. Meine Frau berichtigt mir gestern abend, sie habe bei ihrer Besuchstour wiederholt ungünstige Urteile über meinen Aufsatz gehört. Es ist schon richtig, daß ich nicht so vorchtig war, wie ein Kandidat zur Akademie sein müßte.“

Yvonne erwiderte hitzig:

„Sie haben tapfer und nach Ihrer Ueberzeugung gehandelt. Einzig darauf kommt es an.“

Sie sah ihm freimütig in die Augen. Glücklich über ihre Zustimmung erwiderte er ihren Blick:

„Sie können sich nicht vorstellen, mein Kind, welche Freude Sie mir soeben bereitet haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine neue Anleihe der Stadt Berlin

In Höhe von 560 Millionen Mark

Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, sind nunmehr die Einzelheiten der schon vor einiger Zeit beschlossenen Anleihe festgelegt. Die Finanz- und Steuerdeputation hat der Aufnahme der Anleihe zugestimmt, und der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, ihr Einverständnis zu erklären, daß eine Anleihe von 560 Millionen Mark in Schuldverschreibungen auf die Inhaber oder durch Aufnahme fester Darlehen ausgenommen wird. Die Tilgung geschieht bei Schuldverschreibungen auf den Inhaber mit 1 v. H. bis Ende März 1933 unter Ansammlung eines Stoffs, der einschließlich der ersparten Zinsen Ende März 1933 zur Tilgung nur durch Auslösung zu verwenden ist; 2 v. H. vom 1. April 1933 ab, ebenfalls unter Ansammlung eines Stoffs, der unter Einfluß der ersparten Zinsen von 5 zu 5 Jahren zur Tilgung durch Ankauf oder Auslösung zu verwenden ist; bei Aufnahme fester Darlehen gelten für die Tilgung die gleichen Bedingungen, jedoch kann in den ersten 10 Jahren der Tilgungszeit ebenfalls bis auf 2 v. H. erhöht werden. Es soll zulässig sein, die alljährlich fällig werdenden Tilgungsraten sofort zur Rückzahlung zu verwenden. Die Schuldverschreibungen werden in Stückn von 10 000 M., 5000 M., 2000 M. und 1000 M. ausgegeben.

Der Magistrat wird ermächtigt, bis zur Regelung der Anleihe Zwischenscheine im Werte von je 5 Millionen und 1 Million Mark zu geben. Im übrigen gelten die üblichen Anleihebedingungen.

Der Anleihebedarf verteilt sich folgendermaßen: Für die Werke: Gaswerke, Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Kanalisationswerke, Güter und Forsten, Ziegeleien, Fernheizwerke und Müllbeseitigung sollen insgesamt 86 Millionen Mark aufgewendet werden. Zum Ausbau der Verkehrsunternehmungen: Straßen, Ladestraßen und Industriebahn, Nord-Süd-Bahn (Neuföhner Straße) und Ruhpark sollen 81 Millionen Mark bereitgestellt werden. Der Kämmerer werden 311 Millionen Mark zugewiesen, von denen 30 Millionen Mark für Notwohnungen, 32 Millionen Mark für Schulbauten, 43 Millionen Mark für Straßenbauten, 14 Millionen Mark für Krankenhäuser und ähnliche Zwecke bestimmt sind. Endlich sollen 81 Millionen Mark für die Deckung der sogenannten Kriegsausgaben verwendet werden (u. a. 4 Millionen Mark für die Deckung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages vom 10. Januar 1920).

21 Millionen Mark, die der Kämmerer für Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung zugeteilt werden, verteilen sich namentlich auf die Beschaffung und Erweiterung von Verwaltungsgebäuden (Stadthaus Wilmersdorf, Rathaus zu Schöneberg, Verwaltungsgebäude Friedrichsfelde), sowie auf mehrere Einzelkosten. Die unter „Verschiedene Zwecke“ angegebenen 27 405 327 M. betreffen in Höhe von 27 123 000 M. Zwecke für Werke, Straßenbauten, Entseftung, Krankenhäuser und Schulbauten usw. der Stadt Spandau.

Wie Nahrungsmittel verteuert werden

Alle notwendigen Gebrauchsartikel steigen täglich im Preise. Am schmerzhaftesten die Nahrungsmittel, obwohl diese erst zuletzt durch die Geldentwertung betroffen werden, da es möglich ist, den größten Teil des Bedarfs im Inlande zu produzieren. Die Ruhriehier sind ausschließlich die Agrarier und Händler. Am härtesten davon betroffen wird die arbeitende Bevölkerung. Man sollte annehmen dürfen, daß die Regierung wenigstens dafür Vorkehrungen getroffen hätte, daß unsere knappen, unentbehrlichen Nahrungsmittel nicht dem Wucher überlassen werden, sondern alles getan wird, diese zu erschwinglichen Preisen für die Bevölkerung sicherzustellen. Statt dessen ist von dem „Ernährungsminister“ Hermes während seiner Amtszeit alles unterblieben, was einen Erfolg nach dieser Richtung versprochen hätte. Neben der Aushebung der Zwangswirtschaft hat Hermes es noch fertiggebracht, Aus-

fuhrerlaubnisse für wichtige Nahrungsmittel durchzuführen. So ist jederzeit neben der Freigabe der Ausfuhr von Getreide, Konerven u. a. auch die Ausfuhrbewilligung für Seefische erteilt worden. Trotzdem gerade diese erheblich zur Verbesserung der Ernährungsvoraussetzungen beitragen können. Dem fortgesetzt energischen Drängen unserer Vertreter im Reichstag ist es denn auch gelungen, diese Ausfuhrerlaubnisse für Seefische wieder rückgängig zu machen. Am 15. November trat das Ausfuhrverbot in Kraft, und schon jetzt kann festgestellt werden, daß eine bedeutende Preisermäßigung eingetreten ist.

Die Preisprüfungsstelle Berlin teilt mit: Es ist festgestellt worden, daß in einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Fällen Waggons mit Kartoffeln, die für Berlin bestimmt und hier auch angekommen waren, von dem Großhandel zu höheren Preisen nach anderen Orten, zum Teil vermutlich sogar nach dem Ausland, verkauft worden sind. Die zur Zeit bestehende Teuerung auf dem Kartoffelmarkt und die Knappheit der Ware ist zum großen Teil auch auf derartige Manipulationen zurückzuführen. Durch einen Verkauf von Ware, die für Berlin bestimmt ist, zu teurerem Preis nach anderen Orten, wird der Verdacht des Kettenhandels oder der unlauteren Machenschaften im Sinne der Verordnung gegen Preistreiberie begründet, so daß solche Verkäufe ein Strafverfahren nach sich ziehen können. Es wird bemerkt, daß eine Kontrolle der Berliner Bahnhöfe nach dieser Richtung erfolgt.

Diese Vorgänge zeigen recht deutlich, wie durch die unzureichenden Maßnahmen des Ernährungsministers Hermes gerade das Gegenteil von dem erreicht wird, was keine eigentliche Aufgabe ist, die Sicherstellung der notwendigen Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen.

Neue Wandergewerbefcheine

Alle, die 1922 außerhalb der Stadt Berlin ein Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, tun gut, sofort die Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbefcheinen bei den Polizeirevierern zu beantragen. Die Wandergewerbefcheine müssen mit dem Lichtbilde des Inhabers — gemeinsame mit dem des Unternehmers oder mit dem eines Mitgliedes der Gesellschaft — versehen sein. Die von der Polizei ausgefertigten, dem Landesfinanzamt, Klosterstr. 33, zugesandten Wandergewerbefcheine sind dann bei der städt. Steuerklasse XIV im Stadthaus, Jüdenstraße, einzulösen. Nur Inländer, die ausschließlich tabe Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht selbsttätig und eines solchen Scheines nicht bedürfen, haben den erforderlichen Gewerbebescheinigung unmittelbar bei dem Landesfinanzamt Groß-Berlin, Tkt. 1, nachzusuchen.

Der neue Schnellbahnwagen

Wie auch auf anderen Gebieten, so wird auch auf dem Gebiete der Betriebsmittel auf den Berliner Schnellbahnstrecken vom Verkehrsamt der Stadt Berlin versucht werden, die Einheitlichkeit der Betriebsmittel zu erzielen. Hierzu wird jetzt vom Verkehrsamt ein neuer Typ für einen Schnellbahnwagen ausgearbeitet, der die Nachteile der bisher gebräuchlichen Wagenarten vermeidet. Unschickel der Ausbildung der Elektromotoren und der Leistungsfähigkeit, soll der neue Wagen neben einer übersichtlichen Anordnung der Wagenfüße auch den schnellen Wechsel der Fahrgäste auf den Stationen, unter Vermeidung des Gedränges an den Wagentüren, eine schnelle Abfertigung und ein möglichst großes Fassungsvermögen in sich vereinigen. In dieser Hinsicht ist nunmehr der Grundriß für eine neue Bauart der Wagen aufgestellt worden, nach deren Muster zunächst ein Prototypen für die Nord-Süd-Bahn bestellt worden ist. Dieser Prototypen soll erweisen, ob die zunächst als Zeichnung aufgestellte Lösung der Platzverteilung eine für den Berliner Massenverkehr glückliche ist.

Ein Ballen Wolleware, Signatur A 3837, ist unserem Varietegenossen, Kollkuischer Ernst Fabarius, von seinem Kollwagen der Expeditionsfirma Bark u. Co., am Donnerstag den 24. d. M., nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, auf dem Wege vom Reuen Tor nach der Schillingstraße gestohlen worden. Wir bitten denjenigen, der über den Verbleib etwas in Erfahrung bringt, dies umgehend an die Adresse des Genossen Ernst Fabarius, Berlin, Kaiserstr. 5, Hof 2 Tr., mitzuteilen. Eventl. Unkosten werden gezahlt.

Verwaltungsbereich Friedrichshain. Wir machen nochmals auf den Musikalischen Vollsabend aufmerksam der heute abend in der Aula des Andreas-Gymnasiums, Kopenitzstr. 16, stattfindet. Die guten Darbietungen müssen vor vollbelegtem Saale stattfinden.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Heute abend 5 1/2 Uhr Zentralvorberathung in der Arbeiter-Bildungsstätte Breite Str. 20.

7. Bezirk. Die arbeitslosen Genossen werden sich bei ihren Bezirksführern.

Sonnabend, 26. November

1. Verwaltungsbereich, 4. Bezirk (Westen). Elternabend in der Schule Volkowstr. 16.

2. Verwaltungsbereich, 4. Bezirk (Westen). Der Elternabend findet Sonnabend abend 7 Uhr in der Schule Volkowstr. 16 statt.

3. Verwaltungsbereich, 13., 16. und 17. Bezirk. In der Veranstaltung heute abend in der Kappensche 78 sind noch Plätze an der Abendkasse zu haben.

7. Bezirk. Arbeitslose Genossen werden sich bei der Genossin Hart, Weilerstr. 4, 1. Trepp.

Sonntag, 27. November

4. Verwaltungsbereich (11., 12., 13., 14. Bezirk). 9 Uhr Fraktionsführung beim Genossen Dojmann, Indener Str. 8. Bezirksleiter und Obleute der Kommunalen Kommissionen müssen anwesend sein.

13. Verwaltungsbereich (Zehlendorf). Alle Genossen und Genossinnen, insbesondere die Betriebskommissionen sind ersucht, für die öffentliche Verammlung Material abzugeben, welches morgens 7-10 Uhr in Dahlen verteilt werden soll. Die öffentliche Verammlung findet am Sonntag, 27. November, bei Schilling, Dahlen, Köpenicker-Str. 42, statt. Anfang 8 Uhr. Meli: Stadtrat Koll.

18. Verwaltungsbereich (Hohenschönhausen). Alle Kinder, die sich bei den Kinderärzten anmelden, kommen am Sonntag, den 27. November, vorm. 10 Uhr, bei Vater, Mühlentstr. 15, zusammen.

14. Bezirk. Kinder von 7-14 Jahren, welche an der Reigenaufführung zur Weihnachtsfeier teilnehmen wollen, versammeln sich Sonntag vormittag 10 Uhr bei Vater, Schöberstr. 15.

18. Verwaltungsbereich. Nachm. 4 Uhr im Saal des Genossen Föhle in Köpenick. Elternabend. Mitgliedsverammlung. Tagesordnung. Stellungnahme zum Parteitag. Die Genossen von Buch, Schönewald und Bernau sind ebenfalls dazu eingeladen.

Bereinstander

Sonntag, 27. November

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Handelsarbeiter und arbeitslosen und allen Betrieben der Lebensmittel-, Großhandel und Industrie. Form. 10 Uhr Brandenburger Verammlung bei Haveland, Neue Friedrichstr. 35 (Großer Saal). Tagesordnung: Berichterstattung über Lohnverhandlungen. — Sitzung 1 (Hohenschönhausen). Form. 10 Uhr Brandenburger Verammlung bei Haveland, Neue Friedrichstr. 35. Tagesordnung: Berichterstattung über die hüttenmännliche Tarifverhandlung. — Brande 2a (Hagen, Schönewald usw.). Form. 10 Uhr Verammlung im Gemeindefestsaal, Engelstr. 24-25 (Großer Saal). Stellungnahme zum Parteitag.

Freiwillige Genossenschaft. Form. 11 Uhr Vortrag der Frau M. Krich: „Wahrung und Achtung der Religion“, im Rathaus, Köpenicker-Str. 16. Programm: Dr. Hohene (Vortrag). Gäste willkommen.

Geschäftliches

Die praktische Hausfrau verwendet zum Kochen von Suppen, Brühen und Getreide usw. Sphärol. Dieser ist ein vorzügliches Süßholz, praktisch in der Verwendung, billig und durchaus bekömmlich. Zum Kochen größerer Mengen Speisen eignet sich am besten Kaffee-Sphärol, während für einzelne Tassen Kaffee, Tee usw. Sphärol-Zubereitungen wegen ihrer praktischen Dosierung am besten sind.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Max Riedel, Berlin-Brandenburg; für Kommunalpolitik, Politik und Gesellschaftliches: G. Huber, Berlin; für den Interimsteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kaminer, Charlottenburg. — Verlagsanstalt: „Die Welt“, G. M. B. H., Berlin. — Druck der Berliner Drucker G. M. B. H., Berlin C. 2, Berlin-Str. 5-6.

PRYM'S
DRÜCKKNOPF

WILLIAM PRYM
G. M. B. H.

DIE WELTMARKE

STOLLBERG RHLD
BERLIN C2 WIEN 1